

in dem höfischen Lichtkreis aller möglichen und unmöglichen Monarchen, Fürsten, Würdenträger in Staat und Heer sonnen. Die bürgerlichen Blätter – von den führenden Organen des Linksliberalismus bis zum konservativen Amtsblättchen – unterhalten sich und ihr Publikum mit der tiefsinnigen Rätselfrage, was wohl das Schweigen des sonst so redefreudigen Kaisers in Leipzig bedeute? Die Geschäftsführer der besitzenden Klassen sind aber schon dabei, still nachzurechnen, ob das Anlagekapital des Jubiläumsunternehmens sich auch rentiert habe. Selbstverständlich sind zahlreiche einzelne auf ihre Kosten gekommen: Fahmentuchfabrikanten, Wirte, ordens- und titelsüchtige Musterpatrioten, die Dirnen nicht zu vergessen, deren Weizen bei großen öffentlichen Festen und Veranstaltungen stets blüht, wie die Geschichte der Konzile und der alten Reichstage zur Zeit der römischen Kaiser deutscher Nation bekräftigt. Doch wichtiger als all das ist den besitzenden Klassen ihr politisches Geschäft. Sie überschlagen seinen Profit.

Im Zeichen des Jubiläumsjahres hat die imperialistische Politik triumphierend die stärkste Heeresvermehrung unter Dach und Fach gebracht, mit der noch je das deutsche Volk gezüchtigt worden ist. Unermeßlich ist der klingende Gewinn, der in der Folge den kapitalistischen Cliques in die Hände gleitet, die, wie die ehrenwerte Patriotenfamilie Krupp, an der Ausplünderung des Vaterlandes beteiligt sind. Noch bedeutender ist der Vorteil, den sich die besitzenden Klassen davon versprechen, daß die gepanzerten Fäuste des Imperialismus Wilde und Halbwilde unter die kapitalistische Fuchtel treiben und den aufsässigen Lohnsklaven in der Heimat an die Kehle fahren. Das Trararabumdie der Jubiläumsfeiern, so hofft man, hat den beschränkten Untertanenverstand großer Volkskreise gekräftigt und damit für monarchentreue Gesinnung gewirkt. Ein ersehntes Geschäft, das bei der liberalen Bourgeoisie selt-

sam anmuten könnte. Haben nicht ihre freiheitsschwärmenden Vorfahren nach 1813 gesungen: „Fürsten zum Land hinaus“, haben sie nicht noch 1848 die berüchtigten „Ferschtenkiller“ gestellt?

Vergessen wir nicht, daß seither die bürgerliche Ordnung die feudale Gesellschaft abgelöst hat wie die sausende Eisenbahn die humpelnde Postkutsche. Nun, da der Menschheit große Gegenstände durch das weltgeschichtliche Ringen zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutenden entschieden werden, will das weiland liberale Bürgertum der Fürstenthronen sowenig entraten wie der Kirchen. Monarchen und Geistliche, religiöse Dogmen und halbabsolutistische Wundergläubigkeit sollen ihre Herrschaft schützen. Durch ihre Bekehrung zum „realpolitischen Vernunftmonarchismus“ hat es sich auch darin mit der Junkersippe zusammengefunden. Ein Körnchen echtes Gefühl ist somit der hündischen Byzantinerei beigemischt, die im Jubiläumsjahr wahnwitzige Orgien gefeiert hat und durch ihr Beispiel die respektlosen Massen „erziehen“ sollte. Nirgends hat es denn auch an den bekannten „begeisterten Volkshaufen“ gefehlt – in anderen Zeiten von den oberen Zehntausend Pöbel und Kanaille benannt –, die tosend Hurra schrien, wenn Kronenträger, Betreßte oder auch nur Hofkutschen erschienen.

Schließlich schmeichelten sich die besitzenden Klassen, durch die Erinnerungsfeiern jene „vaterländische“ Gesinnungstüchtigkeit überhaupt gesteigert zu haben, die sich bei den Massen durch Ausbeutenlassen, Steuerzahlen und gottergebenes Schweigen bekundet. Die mordspatriotischen Posaunenstöße und Trommelwirbel sollten den Hilfescrei der Arbeitslosen, die drohenden Rufe der Rechtsfordernden, die Sturmglocken des proletarischen Klassenkampfes übertönen. Und ist nicht auch diese Spekulation glänzend geglückt? In der Tat: Das werktätige Volk muß sich der Teilnehmer und



Gaffer schämen, die es dem reaktionären Klimbim gestellt hat. Arbeiterväter und Arbeitermütter müssen errötend die Augen niederschlagen, weil sie stumpfsinnig, feig oder berechnend ihre Kinder dabei als Statisten aufmarschieren ließen, weil sie nicht von ihnen die zusammenfabulierte Darstellung des geschichtlichen Geschehens vor hundert Jahren abwehrten.

So mögen sich die besitzenden Klassen schmunzelnd die Hände reiben. Das politische Geschäft des Jubiläumjahres dünkt ihnen so vorteilhaft, daß sie bereits Zins und Zinseszinsen ihres angeblichen „Milliardenopfers“ nachzählen. Und doch wird ihre Schlußrechnung nicht stimmen, denn sie haben in ihrer Beutegier eine Zahl nicht in Ansatz gebracht, und diese Zahl ist letzten Endes für die ganze Rechnung entscheidend. Es ist die aufklärende, aufreizende Wirkung des Jubiläumjahres mit seinen „Errungenschaften“ für die Ausbeutenden auf die proletarischen Massen, es ist der aus der Erkenntnis geborene Wille zur Tat, zum Kampfe für die Befreiung der Arbeit, die allein die Freiheit und Würde der Nationen verbürgt.

Gerade was die Dauer der kapitalistischen Ordnung verlängern und verewigen soll, wird ihre Überwindung durch das kämpfende Proletariat beschleunigen: der Imperialismus. Die letzte Wehrvorlage mit ihren unermeßlichen Opfern an Gut und Blut für die Ausgebeuteten muß, je länger, je mehr, deren Todfeindschaft stärken und reisig bewehren. Der Zauber der Jubiläumsmilliarde aus den Taschen der Reichen – Taschen, die die Habenichtse füllen – wird bald verflogen sein, und vor der Riesenlast der dauernden Aufwendungen für Rüstungswahnsinn und Völkermord erscheinen die Ergebnisse der neuen Besitzsteuern als armselige Groschen. Die für den Jubiläumsummel frisch polierte Legende von der vaterlandsbefreienden Rolle der Fürsten hat den Blick auf die nüchterne geschichtliche Wahrheit gezwungen. Noch nie haben breite Massen wie im Jubiläumjahr davon gehört, daß die deutschen Monarchen

von Gottes Gnaden – der Knirps auf Preußens Königsthron darunter – wie Bediente vor dem fremden Eroberer „aus eigenem Recht“ gekrochen sind; daß sie wie Kuppler ihre Söhne und Töchter in die Ehebetten des Geschlechts der „Emporkömmlinge“ zu liefern begehrten; daß ein Friedrich Wilhelm III. geradezu mit Fußtritten, durch die Furcht vor der Revolution zum Kampfe wider Napoleon getrieben werden mußte; daß die Rheinbundfürsten „ihre Landeskinder“ unter den französischen Fahnen gegen ihre eigenen Volksgenossen zu kämpfen zwangen. Noch nie haben so viele Hunderttausende wie im Jubiläumsjahr diese Wahrheit vernommen, daß die deutschen Fürsten nach Napoleons Sturz nicht auf die Einheit und Größe des deutschen Vaterlandes bedacht waren, sondern nur auf die Mehrung ihres Besitzes und ihrer Macht; nicht auf die Freiheit der Völker, vielmehr auf deren Unterwerfung und Knebelung durch die schwärzeste Reaktion.

Wo immer man die Geschichte der Befreiungskämpfe aufschlägt, es sind Blätter beispielloser Schande für die Monarchie. Das erkünstelte Hurra, Hurra, Hurra für den Halbabsolutismus, das bei den Jubiläumsfestlichkeiten unter Feuerwerk und Becherklang erscholl, kann sich nicht auf ewig gegen den Ruf der proletarischen Massen behaupten: Hoch die Republik! Das Rasseln der Ausbeutenden und Herrschenden mit dem Schwert gegen den äußeren Feind vermag nicht die gewaltige Stimme der geschichtlichen Notwendigkeit zu übertäuben, die die Ausgebeuteten und Beherrschten zum Kampfe um Sein oder Nichtsein mit ihrem inneren Feind ruft. Sich dafür den Sinn nicht trüben zu lassen, das ist die Pflicht der „vaterlandslosen Gesellen“, denen Deutschlands Ehre und Freiheit kein Geschäft und kein leerer Wahn ist.

Die Toten reiten schnell, zumal die geschichtlich Toten, die der Kapitalismus auf seinem Rücken trägt. Vor fünfzig Jahren



konnte der Geschichtsschreiber Heinrich von Treitschke aus dem Unmut unerfüllter bürgerlicher Ideale heraus noch Worte der Wahrheit über die Befreiungskriege finden. Heute, im Zeitalter des entfesselten Kapitalismus, sind die Erinnerungsfeiern des großen Ereignisses ein wüster Hexensabbat der Geschichtsfälschung geworden, die historische Wahrheit hat sich unter die Speere des kämpfenden Proletariats flüchten müssen. Es wird nicht hundert Jahre anstehen, daß die Worte Wirklichkeit gewonnen haben, die die Toten von 1813 wie die von 1848 prophetisch den Lebenden zurufen:

„Zuviel des Hohns,  
zuviel der Schmach wird täglich euch geboten:  
Euch *muß* der Grimm geblieben sein –  
o, glaubt es uns, den Toten!  
Er blieb euch! ja, und er erwacht!  
er wird und muß erwachen!  
Die halbe Revolution zur ganzen wird er machen!“<sup>1</sup>

„Die Gleichheit“,  
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,  
Stuttgart, 29. Oktober 1913.

<sup>1</sup> Ferdinand Freiligrath, „Die Toten an die Lebenden“. *Die Red.*

---

## Genossin Luxemburg verurteilt

März 1914

Für ein Jahr soll Genossin Luxemburg ins Gefängnis wandern. Also hat es die Strafkammer zu Frankfurt am Main entschieden. Warum? Hat Genossin Luxemburg nach dem Vorbild des Leutnants Forstner<sup>[63]</sup> eine Mordprämie von 10 Mark auf die Häupter von Staatsanwälten, Richtern, Denunzianten und anderen Stützen der bürgerlichen Ordnung gesetzt? Keineswegs. Genossin Luxemburg hat sich des schwärzesten, des unverzeihlichsten Verbrechens schuldig gemacht, das die Anbeter und Büttel der kapitalistischen Ausbeutungsordnung kennen und vor dem sie zittern. Sie hat die Ausgebeuteten aufgeklärt. In Volksversammlungen führte sie an dem sicheren Ariadnefaden des wissenschaftlichen Sozialismus ihre proletarische Zuhörerschaft durch die vielverschlungenen Irrgänge der wirtschaftlichen und politischen Zustände und Ereignisse unserer Tage. Ganz besonders deckte sie dabei die Kräfte auf, die unter der Herrschaft des Imperialismus zum Völkermord treiben, und stellte ihnen das Interesse und die Pflicht der werktätigen Massen entgegen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln sich wider verbrecherische Kriege zu stemmen. Im Laufe ihrer gründlichen Darstellung der Situation warf sie nach der Anklage die



Frage auf: „Werden wir uns einen Krieg ungestraft gefallen lassen?“ Aus der Versammlung klang es begeistert zurück: „Niemals! Niemals!“ Genossin Luxemburg soll darauf hinzugefügt haben: „Wenn uns zugemutet werden sollte, die Mordwaffe gegen unsere französischen oder anderen ausländischen Brüder zu erheben, dann rufen wir: Wir tun das nicht!“ Diese Äußerungen waren in ihrem Zusammenhang so klar, so wenig mißverständlich, daß der überwachende Polizeibeamte in ihnen keinen Anlaß zum Einschreiten erblickte, ja nicht einmal zum Aufzeichnen der Sätze.

Anders dachte der Staatsanwalt darüber, der durch eine schuftige Denunziation auf die aus dem Zusammenhang gerissenen Ausführungen gehetzt wurde. Er erhob gegen Genossin Luxemburg die Anklage, die Soldaten aufgefordert zu haben, im Kriegsfall nicht zu schießen, also den Befehlen ihrer Vorgesetzten Ungehorsam entgegenzustellen. Im Verlauf der mündlichen Begründung seiner Anklage ging der Herr noch weiter. Er beschuldigte Genossin Luxemburg, die Soldaten zum „Vorgesetztenmord“ aufgereizt zu haben. Womit stützte der Staatsanwalt seine Anklage? Etwa mit dem kleinsten Tatbestand, mit unzweideutigen Gedankenketten der Genossin Luxemburg selbst, mit Gedankenketten, die mit zwingender innerer Logik lückenlos erwiesen, daß die Angeklagte sich wirklich der ihr angedichteten Vergehen schuldig gemacht habe? Ganz und gar nicht! Der Siegelbewahrer des öffentlichen Rechtes konnte sich für seine Auffassung nur auf Vermutungen, Annahmen, Deutungen über das berufen, was Genossin Luxemburg seiner eigenen, doch höchst unmaßgeblichen Meinung nach gedacht, gewußt, gewollt haben sollte. Mit anderen Worten: An die Stelle fester und greifbarer Tatbestände und Begriffe setzte er Tendenzen, die in seinem eigenen Hirn und nicht in dem der Genossin Luxemburg gewachsen waren . . .

Genossin Luxemburg aber hob durch ihre großzügige, glänzende Verteidigungsrede<sup>1</sup> den Prozeß über die Alltäglichkeit einer juristischen Silbenstecherei und Rauferei um trockenes, pergamentenes Paragraphenwerk empor. Sie stellte ihn als politischen Tendenzprozeß mitten hinein in die blutvolle Wirklichkeit des Klassenkampfes zwischen der ausbeutenden Minderheit und den ausgebeuteten Massen, und sie trug ihn damit auf die Höhen, wo um der Menschheit große Gegenstände gerungen wird. Der Herr Staatsanwalt war freilich dabei geistig ein durchaus unebenbürtiger Gegner. Was er zur Verherrlichung der Staatsordnung sagte, deren Diener er ist, was zur Rechtfertigung ihres Wesens und ihrer Gesetze, das unterschied sich in nichts von der Banalität einer Rede, wie sie ein x-beliebiger Kriegervereinler in Posemuckel oder Kuhschnappel über das Thema hält. Und er dürfte auch durch die lichtvollen Darlegungen der Genossin Luxemburg nicht besserer Erkenntnis über die gesellschaftlichen Dinge geworden sein. Doch nicht ihn zu belehren und zu bekehren, war der Zweck dieser Darlegungen. Der Herr Staatsanwalt mit seiner Anklage und seiner Begründung spielte nur die Rolle des Holzpflöcks an weit sichtbarer Stelle, an dem sich das reiche, festgefügte Gewebe der sozialistischen Gedankenwelt anhängen und ausbreiten ließ, den großen Massen wahrnehmbar.

Genossin Luxemburg dachte nicht daran, die oben angeführten Sätze preiszugeben, an ihnen zu drehen und zu deuteln. Sie bestritt sie nicht, aber sie bestritt mit Recht den Sinn und die Tendenz, die die Anklage in sie hineinlegte, und erklärte: „daß das, was der Herr Staatsanwalt hier, gestützt auf die Aussagen seiner Kronzeugen, als meine Gedankengänge, als meine Absichten und meine Gefühle geschildert

<sup>1</sup> Siehe Rosa Luxemburg, *Ausgewählte Reden und Schriften*, II. Bd., S. 491 bis 504. *Die Red.*



hat, nichts als *ein plattes, geistloses Zerrbild sowohl meiner Reden wie der sozialdemokratischen Agitationsweise im allgemeinen war*<sup>1</sup>.

Und Genossin Luxemburg beantwortete die Frage nach dem Warum. Der soziale Klassengegensatz nimmt den Besitzenden trotz ihrer formalen Bildung die Fähigkeit, in die Tiefe der sozialistischen Ideen einzudringen, er erschließt sie den Besitzlosen. „Ja, die schlichten Männer und Frauen des arbeitenden Volkes sind wohl imstande, unsere Gedankenwelt in sich aufzunehmen, die sich im Hirn eines preußischen Staatsanwalts wie in einem schiefen Spiegel als ein Zerrbild reflektiert.“<sup>2</sup>

In eitel Dunst löste Genossin Luxemburg das Gerede von der hetzenden Sozialdemokratie auf und fertigte mit überlegener Ironie die törichte Beschuldigung ab, sie habe die Soldaten zum Vorgesetztenmord angereizt. Zum Kernpunkt der Anklage entwickelte sie in klassischer Klarheit und Schärfe die sozialistische Auffassung vom Kampf gegen Militarismus und Krieg. Sie sagte:

„Wir [Sozialdemokraten – C. Z.] denken vielmehr, daß über das Zustandekommen und den Ausgang der Kriege nicht bloß die Armee, die ‚Befehle‘ von oben und der blinde ‚Gehorsam‘ von unten entscheiden, sondern daß darüber die *große Masse des werktätigen Volkes entscheidet und zu entscheiden hat. Wir sind der Auffassung, daß Kriege nur dann und nur solange geführt werden können, als die arbeitende Masse sie entweder begeistert mitmacht, weil sie sie für eine gerechte und notwendige Sache hält, oder wenigstens dulgend erträgt.* Wenn hingegen die große Mehrheit des werktätigen Volkes zu der Überzeugung gelangt – *und in ihr diese Überzeugung, dieses Bewußtsein zu wecken, ist gerade die Aufgabe, die wir Sozialdemokraten uns stellen* –, wenn, *sage ich, die Mehrheit des Volkes zu der Überzeugung gelangt, daß*

<sup>1</sup> Ebenda, S. 491. *Die Red.*

<sup>2</sup> Ebenda, S. 492. *Die Red.*

*Kriege eine barbarische, tief unsittliche, reaktionäre und volksfeindliche Erscheinung sind, dann sind die Kriege unmöglich geworden* – und mag zunächst der Soldat noch den Befehlen der Obrigkeit Gehorsam leisten! Nach der Auffassung des Staatsanwalts ist die *Armee* die kriegführende Partei, nach *unserer* Auffassung ist es *das gesamte Volk*. Dieses hat zu entscheiden, ob Kriege zustande kommen oder nicht; bei der Masse der arbeitenden Männer und Frauen, alten und jungen, liegt die Entscheidung über das Sein oder Nichtsein des heutigen Militarismus – nicht bei dem kleinen Teilchen dieses Volkes, der im sogenannten Rock des Königs steckt . . . Finden Sie, meine Herren, in all diesen Resolutionen und Beschlüssen auch nur eine Aufforderung, die dahin geht, daß wir uns vor die Soldaten hinstellen und ihnen zurufen sollen: Schießt nicht! Und weshalb? Etwa deshalb, weil wir uns vor den Folgen einer solchen Agitation, vor Strafparagrafen fürchten? Ach, wir wären traurige Wichte, wenn wir aus Furcht vor den Folgen etwas unterließen, was wir als notwendig und heilsam erkannt haben. Nein, wir tun es nicht, weil wir uns sagen: jene, die im sogenannten Rock des Königs stecken, sind doch nur ein Teil des werktätigen Volkes, und wenn dieses zu der nötigen Erkenntnis in bezug auf das Verwerfliche und Volksfeindliche der Kriege gelangt, dann werden auch die Soldaten von selbst wissen, ohne unsere Aufforderung, was sie im gegebenen Falle zu tun haben.<sup>1</sup>

Genossin Luxemburg verwies auf die reichen Mittel, die uns zur Verfügung stehen, um auf die Massen einzuwirken, auf die gewaltige Macht, die in den Händen der Masse ruht, um ihre Interessen und Ideale zu verteidigen: Jugenderziehung, Versammlungen, Straßendemonstrationen, Massenstreiks.

Der Staatsanwalt hatte sich nicht entblödet, Genossin Luxemburg dadurch ganz besonders „staatsgefährlich“ zu

<sup>1</sup> Ebenda, S. 496/497 und 501/502. *Die Red.*



malen, daß er von ihr als der „roten Rosa“ sprach. Was würde dieser Herr dazu sagen, wenn ihn Genossin Luxemburg seiner politischen Überzeugung wegen etwa als schwarzweißen Fritz oder schwarzblauen Johann titulierte hätte? Doch mehr als diese Geschmacklosigkeit kennzeichnet den Mann der Antrag, Genossin Luxemburg, die „Heimatlose“, sofort zu verhaften, da es „unbegreiflich“ wäre, wenn sie nicht die Flucht ergreifen würde. Genossin Luxemburg hätte an das erinnern können, was der Staatsanwalt aus seinen Akten wissen mußte: daß sie in glühender Freiheitsbegeisterung die Gefahren und Opfer der Revolution in Rußland geteilt hat; daß sie, die „Heimatlose“, das Heimatrecht in Deutschland bereits zweimal mit monatelanger Gefängnisstrafe erkaufte hat. Sie verzichtete stolz darauf, mit ihrer persönlichen Hingabe zu prunken, und beantwortete die Verunglimpfung mit dem Hinweis auf das Ehrgebot sozialdemokratischer Gesinnung:

„Herr Staatsanwalt, ich verschmähe es für meine Person, auf alle Ihre Angriffe zu antworten. Aber eines will ich Ihnen sagen: *Sie kennen die Sozialdemokratie nicht!* (Der Vorsitzende unterbrechend: „Wir können hier keine politischen Reden anhören.“) Im Jahre 1913 allein haben viele Ihrer Kollegen im Schweiße ihres Angesichts dahin gearbeitet, daß über unsere Presse insgesamt die Strafe von 60 Monaten Gefängnis ausgeschüttet wurde. Haben Sie vielleicht gehört, daß auch nur einer von den Sündern aus Furcht vor der Strafe die Flucht ergriffen hat? Glauben Sie, daß diese Unmenge von Strafen auch nur einen Sozialdemokraten zum Wanken gebracht oder in seiner Pflichterfüllung erschüttert hat? *Ach nein, unser Werk spottet aller Zwirnsfäden Ihrer Strafparagrafen, es wächst und gedeiht trotz aller Staatsanwälte!*

Zum Schluß nur noch ein Wort zu dem *unqualifizierten Angriff, der auf seinen Urheber zurückfällt.*

Der Staatsanwalt hat wörtlich gesagt – ich habe es mir notiert: er beantrage meine sofortige Verhaftung, denn ‚es wäre ja unbegreiflich, wenn die Angeklagte nicht die Flucht ergreifen würde‘. Das heißt mit anderen Worten: Wenn ich, der Staatsanwalt, ein Jahr Gefängnis abzubüßen hätte, dann würde ich die Flucht ergreifen. *Herr Staatsanwalt, ich glaube Ihnen, Sie würden fliehen. Ein Sozialdemokrat flieht nicht. Er steht zu seinen Taten und lacht Ihrer Strafen.*

*Und nun verurteilen Sie mich!*<sup>1</sup>

Von Anfang bis zu Ende stellt sich der Prozeß gegen Genossin Luxemburg als ein kaum verhüllter politischer Tendenzprozeß schlimmster Art dar, der Spruch des Richterkollegiums als ein nacktes Urteil bürgerlicher Klassenjustiz. Dieses politische Ereignis steht in einer Reihe mit den berüchtigsten Bluturteilen gegen „Streiksünder“. Gleich einer hellen Flamme beleuchtet es, mit welcher Einsichtslosigkeit und welchem Haß die herrschenden Klassen und Cliques nach den ausgebeuteten Massen blicken und wie skrupellos ihre Organe im Gebrauch der Macht sind, die sie zur Niederhaltung des werktätigen Volkes verwalten.

Freilich wird die bürgerliche Gesellschaft bei diesem Werk ihrer Getreuen nicht auf ihre Kosten kommen. Der Prozeß mitsamt seinem Ausgang ist einer jener Pfeile, die dem Schützen verhängnisvoll werden, der sie entsendet. Die sozialdemokratische Agitation gegen den Militarismus, gegen den Krieg sollte getroffen werden, aber siehe da! Genossin Luxemburgs helle Stimme dringt mit einem Schlage zu Hunderttausenden, die bis dahin noch nichts oder nur Entstelltes darüber vernommen haben, warum die Sozialdemokratie Rüstungswahnsinn und Kriegshetze bis aufs Messer bekämpft, warum sie statt des stehenden Heeres die Volksbewaffnung fordert. Mit der Härte des Urteils wollte man

<sup>1</sup> Ebenda, S. 503/504. Die Red.



unter dem Proletariat Schrecken erzeugen, Schwache in Feiglinge verwandeln. Was ist die Folge? Tausende und Zehntausende erheben sich jubelnd an dem Bekennermut, an der Opferfreudigkeit, der Charakterstärke der Genossin Luxemburg. Nicht bloß, daß diese das Banner der Sozialdemokratie mitten in einer kapitalistischen Herrschaftsfeste entfaltet hat, erweckt die stürmische Begeisterung der proletarischen Massen, auch die Art, wie sie das tat: stolz und schlicht. Ohne nach dem hohen Preise zu fragen, hat sie dem Ausdruck verliehen, was heute schon Millionen empfinden und denken. Ihr Handeln wird diesen Millionen die Verpflichtung ins Bewußtsein brennen, die Überzeugung zur fruchtbaren Tat reifen zu lassen. Wie das Wort, so wird das Beispiel der Genossin Luxemburg eine lebendige und starke Kraft sein.

Wie aber das Interesse an dem Prozeß und seinem Ausgang unstreitig dadurch erhöht worden ist, daß eine Frau als kühne Vorkämpferin für die Ziele der Sozialdemokratie in seinem Mittelpunkt steht, so wird unzweifelhaft das Frankfurter Geschehen am stärksten und nachhaltigsten auf die Genossinnen, die proletarischen Frauen wirken. Sie empfinden es im tiefsten Herzen: Solches Geschehen verpflichtet. Mit heiliger Begeisterung geloben sie, sich jederzeit ganz für ihre sozialistischen Ideale einzusetzen, ihnen als Mütter und Erzieherinnen im Heim und als Kämpferinnen in der Öffentlichkeit mit leidenschaftlicher Hingabe zu dienen. Der Frankfurter Prozeß ist ein vollgültiger Beweis dafür, daß inmitten der Stürme der kapitalistischen Entwicklung das Weib zur politischen Mündigkeit und Reife gelangt ist und daß der Sozialismus die höchsten Bürgertugenden in ihm zu Taten werden läßt. Er hat für die Sache des Frauenrechts mehr geleistet als Dutzende von Bittgängen bürgerlicher Damen, die für ihre Forderungen von Fürstinnen, Ministern



und bürgerlichen Abgeordneten ein wenig Wohlwollen erflehten. Das Wort und die Tat unserer Genossin Luxemburg werden wir sozialistischen Frauen in unserer Wahlkumgebung am 8. März in unserer roten Woche als leuchtende Standarte vor uns hertragen. Die erste Antwort proletarischer Massen auf die Verurteilung der Genossin Luxemburg ist da. Sie fiel am Sonntag nach dem Prozeß in drei Riesenversammlungen zu Frankfurt am Main und Hanau. Stürmisch, begeistert bekannten sich die vielen Tausende proletarischer Männer und Frauen zu den Gedanken, die Genossin Luxemburg vor dem Gerichtshof vertreten hat. Diese beleuchtete den Prozeß und seine Wirkungen mit den folgenden Ausführungen:

„Die aufrichtige Begeisterung über den moralischen Sieg, den wir errungen haben, hat, wie ich sehe, Sie genauso wie mich ergriffen. Ja, liebe Genossen, wir haben allen Grund, begeistert, froh und stolz zu sein, weil unsere Feinde durch dieses Urteil gezeigt haben, wie sie vor uns zittern. Man glaubt, nun einen Schreckschuß gefunden zu haben. Jeder, der es wagt, an den Grundfesten des Staates zu rütteln, der wird 12 Monate ins Gefängnis gesperrt. [Aber der Glaube, wir würden uns durch Gefängnisstrafen irremachen lassen, ist nur ein Beweis dafür, wie sich unsere Weltanschauung in den Köpfen eines preußischen Richters und Staatsanwaltes spiegelt.] Als ob 12 Monate Gefängnis ein Opfer wären für einen Menschen, der in der Brust die Gewißheit hat, für die ganze Menschheit zu kämpfen. Dieser Prozeß beleuchtet so richtig unseren ganzen Klassenstaat. Hier stehen sich zwei Welten gegenüber, die wegen der vollständigen Unfähigkeit, unsere Psyche zu begreifen, nie überbrückt werden können. („Sehr richtig!“) Deshalb gibt es keinen Pardon! [Dieser Staat muß zum Teufel gejagt werden. (Lebhafter, langandauernder Beifall.)]

Man wollte ein Opfer treffen, aber was bedeutet die Lappalie von einem Jahr Gefängnis gegen jenes Löbtauer Schreckens-

urteil, das jetzt sein fünfzehnjähriges Jubiläum feiern kann? Gibt es nicht schon der Opfer massenhaft? Sind die Tausende von Familien, die in Not und Elend leben, nicht auch ein Opfer des Klassenstaates? [Wir machen keine Rechnung über Opfer, denn es versteht sich, daß jede Erkenntnis mit Opfern verknüpft ist.] Aber je mehr Opfer, um so mehr werden sich um uns scharen. (Lebhafter Beifall.)

Doch dieses Urteil hat auch politische Bedeutung. Seit dem berühmten Liebknachtschen Hochverratsprozeß haben wir ein solches Urteil nicht mehr erlebt. Damals mußte man sich noch unter die Fittiche des Hochverratsparagraphen flüchten, heute genügt schon der § 110, um auf ein annähernd gleiches Strafmaß zu kommen. Dieses Urteil hat, wie mein Verteidiger Dr. Rosenfeld ganz richtig ausführte, die Reform des Strafgesetzbuches vorweggenommen, das eine ausgesprochene Klassenrichtung gegen die Sozialdemokratie hat. [Diese Gerichtspraxis ist ein würdiges Seitenstück zu den fortgesetzten Attentaten auf das Koalitionsrecht und die Verfolgung unserer Presse, über die im letzten Jahre nicht weniger als sechzig Monate Gefängnis verhängt wurden. („Sehr richtig!“)]

Diese Zeichen der immer stärker werdenden Reaktion geben uns die Lehre, daß wir unsere Aufmerksamkeit verdoppeln und daß wir zum Angriff übergehen müssen, weil wir uns nicht alles gefallen lassen dürfen. (Stürmischer Beifall.) In dieser Beziehung gibt uns der Prozeß noch eine andere heilsame Lehre, er erweist sich als ein Teil jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Der Staatsanwalt hat die Höhe des Strafmaßes damit begründet, das er sagte, ich hätte den Lebensnerv des heutigen Staates treffen wollen.

Sie hören, die Agitation gegen den heutigen Militarismus ist ein Angriff auf den Lebensnerv des Staates. Sie sehen, der Lebensnerv unseres heutigen Staates ist nicht der Wohlstand der Massen, nicht die Liebe zum Vaterlande, nicht die geistige



Kultur, nein, es sind die Bajonette! [Das zeigt doch in viel krasserer und aufreizenderer Weise, als ich es könnte, daß ein Staat, dessen Lebensnerv das Mordwerkzeug ist, daß dieser Staat dazu reif ist, daß er zugrunde geht. (Stürmischer Beifall.)]

Dieses offene Bekenntnis des Herrn Staatsanwaltes wollen wir festhalten und als wichtigste Lehre mit nach Hause nehmen. [Der Lebensnerv des Staates durch seine eigenen, offiziellen Vertreter bloßgelegt!] Gegen diesen Lebensnerv wollen wir kämpfen vom Morgen bis zum Abend mit all unserer Kraft. [Wir wollen dafür sorgen, daß dieser Lebensnerv so schnell wie möglich durchgeschnitten wird. („Bravo!“)]

Wenn preußische Staatsanwälte des rohen Glaubens sind, [wenn diese Leute sich in ihrer groben historischen Vorstellung einbilden,] daß unsere Hauptmittel im Kampfe gegen den Militarismus darin bestehen, daß wir den Soldaten in dem Augenblick hindern wollen, wenn er den Arm hebt, um die Waffe loszudrücken, so irren sie sich. Die Hand wird vom Hirn geleitet. Auf dieses Hirn wollen wir einwirken durch unser geistiges Sprengpulver. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Und noch etwas möchte ich hier sagen, was ich verschmähte, dem Staatsanwalt zu sagen: Er hat auf meine besondere Gefährlichkeit hingewiesen, weil ich dem extremsten, radikalsten Flügel unserer Partei angehöre. Aber wenn es gilt, gegen den Militarismus zu kämpfen, da sind wir alle einig, da gibt es keine Richtungen. (Beifall.) Da stehen wir alle wie eine Mauer gegen diese Gesellschaft. (Stürmischer, brausender, langanhaltender Beifall.)

Es ist nicht die Rosa Luxemburg, es sind heute bereits zehn Millionen Todfeinde des Klassenstaates. Parteigenossen! Jedes Wort der Urteilsbegründung ist ein offenes Eingeständnis unserer Macht. Jedes Wort ist ein Wort der Ehre für uns. Darum heißt es für mich wie für euch: Zeigen wir uns dieses Ehren-



titels würdig. Wollen wir immer eingedenk sein der Worte unseres verstorbenen Führers August Bebel: ‚Ich bleibe bis zu meinem letzten Atemzug der Todfeind der bestehenden Gesellschaft.‘ (Jubelnder Beifall.)<sup>1</sup>

„Die Gleichheit“,  
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,  
Stuttgart, 4. März 1914.

---

<sup>1</sup>Die Unterschiede zwischen dem von der „Gleichheit“ veröffentlichten und dem in Rosa Luxemburg, *Ausgewählte Reden und Schriften*, II. Bd., S. 505–507 abgedruckten Text beruhen auf Änderungen der Redaktion des „Vorwärts“. Das in eckigen Klammern Stehende wurde von der Redaktion des „Vorwärts“ gestrichen. *Die Red.*

---

## Demonstration gegen den Krieg

*Resolution der  
Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs<sup>1</sup>*

25. Juli 1914

Die gegenwärtig drohende Kriegsgefahr kann jederzeit in das greuelvollste Völkermorden verwandelt werden. Angesichts dieser ernsten Lage erinnert die Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs die werktätigen Massen daran, daß die Besitzenden und Herrschenden – insofern sie nicht unmittelbar oder mittelbar Kriegsinteressenten und Kriegshetzer sind – sich zum mindesten als ohnmächtig erweisen, den Frieden und die Wohlfahrt der Völker zu wahren. Sie mahnt diese Massen daran, daß die kraftvolle und rücksichtslose Betätigung ihres Brüderlichkeitsgefühls mit den Ausgebeuteten aller Länder und ihres unerschütterlichen Friedenswillens die einzige sichere Bürgschaft dafür ist, daß die frivole Hetze kriegslüsterner Cliquen und Schichten keinen Weltbrand entzündet.

Die Vertreter der Sozialdemokraten Württembergs geloben, die Massen auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes zu sammeln und zu schulen, damit sie bereit seien, opferfreudig ihre volle wirtschaftliche und politische Macht zur Aufrechterhaltung des Friedens einzusetzen. Sie begrüßen das heldenhafte revolutionäre Proletariat Rußlands, das aufs neue im Kampf für das wirtschaftliche und politische Recht der Aus-

---

<sup>1</sup>Die Resolution wurde vor Eintritt in die Tagesordnung auf Antrag Clara Zetkins angenommen. *Die Red.*

gebeuteten die Waffe des Massenstreiks erprobt. Sie begrüßen es als einen starken Hort des Friedens in dieser verhängnis-schweren Zeit. Indem das russische Proletariat durch den Massenstreik den Zarismus, einen der gewissenlosesten Kriegstreiber, lähmt, beweist es durch die Tat, welche starke Macht eine kühne, opferbereite Arbeiterklasse in dem Kampf für Freiheit und Frieden einzusetzen vermag.

„Vorwärts“ vom 28. Juli 1914.



---

## Proletarische Frauen, seid bereit!

August 1914

Das Furchtbare, vor dem die Völker Europas zittern, ist Ereignis geworden. Der Krieg soll Menschenleiber, Wohnstätten und Felder zerstampfen. Österreich hat das sinnlose Attentat zwanzigjähriger serbischer Burschen gegen den Thronfolger zum Vorwand genommen für ein verbrecherisches Attentat gegen das Hoheitsrecht, die Selbständigkeit des serbischen Volkes und letzten Endes gegen den Frieden von Europa. Es will die Zeit nutzen, da Serbien schwerlich auf Hilfe vom russischen Zarismus hoffen kann. Die heldenhaften Massenstreiks des Proletariats zeigen erneut, daß Rußland die Revolution im Leibe hat. Frankreich kann den Kriegs- und Eroberungsplänen des russischen Despotismus in diesem Augenblick kaum Unterstützung angedeihen lassen. Verhandlungen im Senat haben schwere Mängel im Heerwesen gezeigt, und die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit hat das militärische Gefüge gelockert und gärende Unzufriedenheit geschaffen. England ist durch die Sachlage in Ulster und andere Aufgaben derart in Anspruch genommen, daß es kein großes Gelüste zu verspüren scheint, an den Greueln und Verbrechen eines Weltkrieges teilzuhaben. So rechnet der österreichische Imperialismus damit, daß er den Bruch des Völkerrechts gegen Serbien verüben kann, ohne daß ihm der Dreiverband in den Arm fällt. Mit Serbiens Niederwerfung glaubt er dem Drängen

des Zarismus nach dem Mittelländischen Meer den Weg zu verlegen.

Die proletarischen Frauen wissen, daß die Herrschaftsausdehnung des russischen Henkerzarismus die schlimmste Sklaverei für die Völker bedeuten würde. Sie sind sich aber auch vollständig im klaren darüber, daß der österreichisch-ungarische Imperialismus nicht das Recht und die Freiheit der Völker schützt. Er kämpft lediglich für die Interessen der reaktionären Habsburger Dynastie, für den Gold- und Macht hunger der fühl- und gewissenlosen Großgrundbesitzer und Großkapitalisten. Die österreichisch-ungarische Monarchie zertritt im eigenen Hause das Recht der Nationalitäten und noch schamloser das Recht der ausgebeuteten werktätigen Massen. Trotz der wütenden Krise hat sie diesen Massen seit Jahren den nackten Lebensbedarf verteuert, hat sie mit Brutalitäten und Kniffen im Kampfe gegen Ausbeutung und Elend gehindert. Nun krönt sie ihr Werk, indem sie die Söhne der Werktätigen zwingt, zu morden und sich morden zu lassen. Sie steht nicht als Vorkämpferin für die Wohlfahrt und Freiheit der Völker auf dem Plan. Ihr Krieg darf nun und nimmer ein Morden der Völker werden.

In Deutschland suchen die profit- und lorbeerlüsternen Kriegshetzer und Kriegstreiber das Volk über diese schlichte Wahrheit zu täuschen. Sie fabeln davon, daß der Krieg Österreichs letzten Endes der drohenden Barbarei Rußlands gelte, ein germanischer Kreuzzug gegen das „übermütig vorwärtsdringende Slawentum“ sei. In gewissenloser Weise brüllen sie von der Pflicht, die „deutsche Nibelungentreue“ zu wahren. Sie wollen, daß Deutschland als Dreibundmacht Österreichs Krieg zu dem seinen mache und das Blut wie den Schatz des Volkes vergeude.

Der Frevel solchen Treibens ist so riesengroß wie das Verbrechen des österreichischen Imperialismus. Er will einen

Weltbrand entzünden, in dem die Völker Europas sich gegenseitig abschlachten würden, während ein Händchen voll Mächtiger und Sehrreicher schmunzelnd den Vorteil einstriche. Das darf nun und nimmer geschehen. Die Proletarier Deutschlands – Männer und Frauen – müssen durch die Tat beweisen, daß sie erwacht, daß sie reif für die Freiheit sind. Ihr Friedenswille, vereint mit dem Friedenswillen des arbeitenden Volkes der anderen Länder, namentlich Frankreichs, ist die einzige Bürgschaft dafür, daß der Krieg der klerikalen Habsburger nicht zum allgemeinen europäischen Völkermord wird. Wohl versichert die Regierung des Deutschen Reiches, daß sie alles getan habe und tue, damit der Krieg lokalisiert bleibe. Aber das Volk hat erfahren, daß die Zungen der Regierungsmänner gespalten wie Schlangenzungen sind. Es kennt auch die Ungeschicklichkeit der diplomatischen Handwerker des Deutschen Reiches. Und namentlich täuscht es sich nicht über das eine: Das weltpolitische Leben ist so verschlungen und verwirrt, daß ein Zufall alles gute Wünschen und Wollen der Regierungen zuschanden machen kann. Ein Zufall entscheidet, ob der dünne Faden reißt, an dem das Schwert des Weltkrieges hängt, das den Völkern droht.

Auch die Besitzenden und Machthabenden schwören feierlich, die entsetzliche Barbarei des Krieges zu hassen. Ja, auch sie zittern vor seinen Höllenschrecknissen. Und doch sind sie unablässig daran, den Krieg vorzubereiten und den Krieg zu schüren. Man höre nur, wie die linksliberale Presse im Namen aller möglichen Kulturgüter Deutschland anreizt, für Österreich mit dem Schwert einzutreten und damit unfehlbar Rußland und Frankreich zum blutigen Ringen herauszufordern. Und doch sind die Seiten dieser Presse noch feucht von den Tränen der Rührung, die sie über die Friedenspsalmen der Verständigungskonferenz deutsch-französischer Parlamentarier zu Bern<sup>[59]</sup> vergossen hat. Wie schamlos schreien nach scheußlichem



Blutvergießen und Massenmord fromme christliche Blätter und Menschen, die täglich das Gebot ihres Allerhöchsten im Himmel herunterplärren: Du sollst nicht töten. Alle Masken fallen, die der Vampir Kapitalismus trägt, der sich vom Blut und Lebensmark der Volksmassen nährt. Wie könnte es anders sein? Den Völkermord kann niemand als Brudermord wirklich konsequent bekämpfen, der es in Ordnung findet, daß der Kapitalismus auf seinen Altären jahraus, jahrein Hunderttausende der Volksgenossen dem Profit schlachtet.

Nur das Proletariat wird seine breite Brust dem nahen Unheil des Weltkrieges entgegenstemmen. Schon würden die Schrecken dieses Krieges entfesselt sein, wenn nicht einer der skrupellosesten Völkermörder, der Zarismus, durch die politischen Massenstreiks des russischen Proletariats gehindert wäre, sich auf das langersehnte Schlachtfeld zu stürzen. Das revolutionäre Ringen unserer russischen Brüder und Schwestern hat in diesen schicksalsschweren Tagen bis jetzt den Weltfrieden erhalten. Seien wir nicht kleinmütiger und schwächer als sie. Ihr ruhmreicher Kampf ohne die Waffe gesicherter politischer Rechte, angesichts von Kerkern, Verbannung und Tod zeigt uns durch die Tat, was eine entschlossene, kühne und opferbereite Arbeiterklasse vermag.

Verlieren wir keine Minute Zeit. Der Krieg steht vor dem Tor. Treiben wir ihn in die Nacht zurück, ehe sein Toben und Rütteln den letzten Rest der Sinne und des Menschlichkeitsempfindens unaufgeklärter Massen verwirrt. Heraus aus Fabriken und Werkstätten, aus Hütten und Dachwohnungen zum Massenprotest. Lassen wir den Herrschenden und Besitzenden keinen Zweifel an dem Ernst unserer Entschlossenheit, alles bis zum letzten Hauch für den Frieden dranzugeben.

Die ausgebeuteten Massen sind stark genug, auf ihren Schultern den Bau der ganzen heutigen Ordnung zu tragen. Sie sind es gewöhnt zu entbehren, während der von ihnen geschaffene

Reichtum vom Müßiggang verpraßt wird. Sie blicken tagtäglich um eines kargen Verdienstes willen dem Tode ins Angesicht. Und sie sollten sich zu schwach erweisen, vor dem Darben zurückschrecken, Gefahren und Tod scheuen, wenn der Kampf für Frieden und Freiheit ruft? Sie sollten einem Militarismus freie Bahn lassen, der soeben vor der breitesten Öffentlichkeit als der brutale Scherge ihrer Söhne und Brüder gestäupt worden ist?<sup>[64]</sup> Das gewaltige Friedensgebot der arbeitenden Massen muß in den Straßen das mordspatriotische Geschrei zum Schweigen bringen. Und wo zwei oder drei ausgebeutete Männer und Frauen versammelt sind, da muß der Abscheu gegen den Krieg, der Wille zum Frieden unter ihnen sein.

Die Brüderlichkeit zwischen den Völkern ist für die Arbeiterklasse kein leerer Wahn, der Weltfrieden kein schönes Wort. Eine greifbare Tatsache steht dahinter: die feste Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten aller Nationen. Sie darf es nicht dazu kommen lassen, daß Proletarier gegen Proletarier das Mordgewehr erheben. Sie muß den Massen die Entschlossenheit einflößen, im Krieg gegen den Krieg alle Waffen zu nützen, die es führen kann. Die Wucht, mit der die proletarischen Massen sich der Weltkriegsfurie entgegenstellen, wird eine gewonnene Schlacht in ihrem Befreiungskampfe sein. Die revolutionäre Energie und Leidenschaft ihres Auftretens wird sie Verfolgungen preisgeben, wird ihnen Gefahren bringen und Opfer auferlegen. Was tut es? Es gibt Augenblicke im Leben des einzelnen und der Völker, wo man nur alles gewinnt, wenn man alles einsetzt. Ein solcher Augenblick ist da. Proletarische Frauen, seid bereit!

„Die Gleichheit“,  
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,  
Stuttgart, 5. August 1914.

---

## Höchstpreise

November 1914

Voll banger Sorge sehen Millionen Frauen den kommenden Monaten entgegen. [Zensurstreichung.]

Die ohnehin hohen Preise der wichtigsten Mittel zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse haben seit dem Kriegsausbruch noch erheblich angezogen, und je länger das furchtbare Völkerringen dauert, um so mehr sind namentlich Brot und andere Getreideprodukte und Kartoffeln verteuert worden. Brot und Kartoffeln, die Hauptnahrungsmittel der Kleinen und Armen, die nicht genügend Fleisch, Butter, Eier, grünes Gemüse usw. auf ihrem Küchenzettel haben, weil sie für diese hygienisch notwendigen und guten Dinge nicht zu zahlen vermögen.

Die Aussicht auf eine weitere Verteuerung des Brotes und der Kartoffeln wird aber immer bedrohlicher. Wie eine Seifenblase ist das kindliche Wähnen so vieler zerplatzt, der Krieg werde ein kurzer „militärischer Spaziergang“ nach Paris und Petersburg sein. Wir stehen mitten in der blutigen Wirklichkeit eines Weltkrieges von vermutlich längerer Dauer und müssen damit rechnen, daß Deutschland mindestens noch auf Monate hinaus von dem Handelsverkehr mit anderen Ländern abgeschnitten bleibt und den Nahrungsbedarf des Volkes in der Hauptsache mit den eigenen Vorräten decken muß. Da heißt es denn, mit diesen Vorräten sparsam und klug wirtschaften,



sie nach Möglichkeit vermehren und zuletzt – aber nicht zum wenigsten –, sie dem ganzen Volke erschwinglich zu machen. In der Tat: Was hilft der Frau des Arbeiters, Handwerkers, kleinen Beamten usw. das schöne Rechenexempel, daß der Ernteertrag an Getreide und Kartoffeln im Reiche groß genug gewesen ist, um den Bedarf der Deutschen bis zum nächsten Sommer zu verbürgen, wenn die Preise für Brot, Mehl, Kartoffeln, Suppeneinlagen so hoch sind, daß die Einschränkungen der Familie sich bis zum bitteren Notleiden steigern müssen? Man vergesse nicht, daß der Krieg zahlreiche Familien des Hauptnährers beraubt, daß er das Wirtschaftsleben zerrüttet, Arbeitslosigkeit und schlechten, unsicheren Verdienst für viel zu viele im Gefolge führt. Millionen Frauen, Kinder, alte Eltern, kränkliche Geschwister sind für ihren Lebensunterhalt auf die kargen Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln und die Brosamen der Liebestätigkeit angewiesen. Wer mit wenigem haushalten muß, für den sind die Preise des Lebensbedarfes von höchster Bedeutung, sie sprechen das entscheidende Wort, wieviel auf den Tisch kommen darf.

Erscheint es angesichts der ganzen Sachlage nicht als ein unbegreiflicher, unlösbarer Widerspruch, daß die Preise der unentbehrlichsten Lebensmittel höher und höher gestiegen sind während eines Krieges, der die größten Anforderungen an das Blut und die Kraft des Volkes stellt? Wie stets vor der Ernte wurde das Brotgetreide schon vor Kriegsausbruch teurer gehandelt als in den vorhergegangenen Monaten. Die Berliner Börse verzeichnete am 20. Juli für Weizen einen Preis von 20,50 Mark, für Roggen von 16,90 Mark je Doppelzentner. Mit der Kriegserklärung kam die Panik: Am 2. August schnellten die betreffenden Preise auf 25 Mark und 22 Mark empor. Die eingebrachte Ernte ließ sie Mitte August auf 21,50 Mark für Weizen und 18,50 Mark für Roggen sinken. Seitdem ist jedoch eine anhaltende Verteuerung des Brotgetreides ein-

getreten, so daß die Panikpreise vom 2. August überholt worden sind. Am 20. Oktober mußte in Berlin der Doppelzentner Weizen mit 27 Mark, Roggen mit 23,80 Mark bezahlt werden. Im Osten des Reiches sind die Preise etwas niedriger, im Westen aber dafür noch höher. Welche Verteuerung das Getreide erfahren hat, zeigt am besten dieser Vergleich. Der Durchschnittspreis für alle Märkte betrug 1913 je Doppelzentner Weizen 19,56 Mark, je Doppelzentner Roggen 16,50 Mark, im Januar 1914 war er sogar noch niedriger. Diese Verteuerung ist durch keinerlei Steigen der Produktionskosten gerechtfertigt, im Gegenteil sind die Dreschlöhne zum Beispiel heuer niedriger als in anderen Jahren. Es sind also Wucherpreise, mit denen jetzt die Brotfrucht bezahlt werden muß, und sie kommen in verteuertem Mehl, Brot und Teigwaren usw. zum Ausdruck wie in der geringeren Güte und dem kleineren Gewichte des „Kriegsbrot“, des Gebäcks. Das empfindet die Mutter besonders schwer, die recht bald einen Laib Brot verschnitten hat, wenn sie die hungrigen Kindermäulchen stopfen will.

Und wie steht es mit den Kartoffeln, die in vielen Familien leider zum großen Teil das Brot ersetzen müssen, das Hauptnahrungsmittel sind? Die Zeitungen jeglichen politischen und sozialen Glaubensbekenntnisses sind erfüllt von Klagen der Hausfrauen, daß es unmöglich war und ist, wie in anderen Jahren den nötigen Wintervorrat an Kartoffeln verhältnismäßig billig einzutun, ja überhaupt anzuschaffen. Etwa lediglich deswegen, weil die heurige Kartoffelernte hinter der des Vorjahres zurückgeblieben ist? Bewahre, übertrifft sie mit ihren 47 Millionen Tonnen doch immer noch an Ergiebigkeit den Durchschnittsertrag der letzten zehn Jahre. Sicherlich liegt es auf der Hand, daß die weniger reiche Ernte von Einfluß auf den Preis der Kartoffeln ist, jedoch daß er fast allerorten die jetzige Höhe erreicht hat, daß es auf dem Markte an Kartoffeln



fehlt, hat andere Gründe. Es steht fest, daß viele Landwirte ihre Ware zurückhalten, um die Preise in die Höhe zu treiben und später noch teurer zu verkaufen. Andere werfen Kartoffeln dem Vieh vor, weil es an Gerste, Mais, Ölkuchen usw. aus dem Auslande fehlt, die Futtermittel in der Folge teurer sind und teurer werden und der Verkauf von Vieh höheren Gewinn verspricht als der von Kartoffeln. Genauso wie aus den gleichen Gründen Landwirte Roggen verfüttern, ohne Rücksicht darauf, daß dadurch das Brot verteuert wird, ja unter Umständen mangeln kann.

Millionen darben, Millionen zittern vor drohenden härteren Entbehrungen, nicht weil es an Nahrungsmitteln gebricht, um ihren Hunger zu stillen, sondern weil ihr Portemonnaie nicht genügend gefüllt ist, um Wucherpreise zahlen zu können. Wir wiederholen unsere Frage: Erscheint das nicht als ein unbegreiflicher, unlösbarer Widerspruch angesichts der Schrecken und Opfer des Krieges, angesichts einer Situation, in der die Gesundheit und Lebenskraft des arbeitenden Volkes als ein kostbares nationales Gut gerade auch von allen denen gewertet und geschützt werden müßte, die im Sinne des kapitalistischen Imperialismus die Losung verwirklichen wollen: Deutschland in der Welt voran!? Ein Widerspruch gewiß, aber doch nur ein Widerspruch zu papierenen Behauptungen und Illusionen, eitel Harmonie dagegen mit der Natur, den inneren ungeschriebenen Gesetzen des Kapitalismus. Hatten wir nicht stolze Worte, herzbewegende Worte gehört, nach denen man glauben sollte, der Krieg habe über Nacht mit einer Handbewegung wesentliche Züge der kapitalistischen Wirtschaft ausgelöscht, ihm sei gelungen, was den aufrichtigsten und hochherzigsten Moralpredigern nicht geglückt ist: das in der Natur der kapitalistischen Wirtschaft wurzelnde Profitbegehren des einzelnen durch den Gemeinsinn zu bändigen. Und nun Feststellungen über Feststellungen, daß die Not von



Millionen stieg, weil gewisse Schichten ihren ganz persönlichen Vorteil suchten, ohne daß die Stimme des Herzens und Gewissens je nach den Leiden der Brüder und Schwestern fragte, ja schlimmer noch: weil einzelne die Stunde der Gefahr ihres Vaterlandes zu den verwerflichsten Spekulationen ausnutzten.

Die offizielle Bestätigung dieser nackten Tatsache liegt in aner kennenswerten Maßnahmen und Verfügungen von Lokalbehörden und Militärkommandanturen vor, Maßnahmen und Verfügungen – wie Ankauf von Getreide, Mehl, Kartoffeln usw. durch die Gemeinde, Festsetzung lokaler Höchstpreise –, durch die der Bewucherung des Lebensbedarfs der Massen ein Riegel vorgeschoben werden sollte. Nun aber ist sie noch unzweideutiger und allgemeiner durch die Reichsregierung erfolgt. Nach eindringlicher Befürwortung durch die Presse, durch Korporationen und Organisationen der verschiedensten Art – von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften bis zu den an der Leipziger Börse vertretenen Müllern und Mehlhändlern –, nach umfassenden Beratungen hat der Bundesrat sich zu Vorschriften für das Gebiet der Lebensmittelversorgung entschließen müssen, deren Kernpunkt die Festlegung von Höchstpreisen für Brotgetreide ist. Höchstpreise für Roggen und Weizen im Deutschen Reiche, mit dem Segen aller möglichen gutbürgerlich gesinnten Leute! Uns klingen die Schmähungen in den Ohren, mit denen gewöhnlich zünftige Geschichtsschreiber und Politiker die Bergpartei der Großen Französischen Revolution zu bedenken pflegen, weil sie Maximalpreise für Getreide, Mehl, Brot durchsetzte, um die junge bürgerliche Freiheit gegen den Ansturm der verbündeten europäischen Reaktion und der rebellierenden, konspirierenden Adligen, Geistlichen, Spekulanten usw. in Frankreich selbst zu verteidigen. Das war nach der Meinung schwergelehrter Herren nichts mehr und nichts weniger als eine der

greulichsten Taten des „Sansculottismus“, ein ganz besonders umstürzlerischer Frevel wider das heilige Recht des Eigentums. Armer Bundesrat, in welche verfernte Gesellschaft ist er unter dem Zwange der Lage geraten!

Was die festgesetzten Höchstpreise selbst anbelangt, so müssen wir sie in der gegenwärtigen Stunde mit dem Stoßseufzer begrüßen, besser etwas und spät als nichts und niemals. Vertreter der verschiedensten Bevölkerungsschichten stimmen darin überein, daß die Maßregel reichlich langsam hinter der Verteuerung des Getreides und Brotes hergehinkt ist. Im Hinblick auf die Verhältnisse der breiten Verbrauchermassen wäre eine Regelung der Preise bereits notwendig gewesen, bevor diese durch Treibereien einzelner Skrupelloser die jetzige Höhe erreicht hätten. Denn was ist die unvermeidliche Folge des Zögerns und Abwartens? Nicht bloß, daß verschärfte Entbehrungen und Sorgen monatelang das Los vieler gewesen sind, sondern auch, daß nun die Höchstpreise selbst mit 260,50 Mark für die Tonne Weizen und 220 Mark für die Tonne Roggen in Wirklichkeit Teuerungspreise sind, die zu Normalpreisen werden. Die genannten Preise gelten für Berlin, für den Osten sind sie niedriger, für den Westen aber höher. So wird die Tonne Roggen zum Beispiel in Stuttgart auf 237 Mark zu stehen kommen. Wohl nirgends sind Roggen und Weizen unter dem Höchstsatz zu kaufen, und wir müssen daher auf entsprechend hohe Preise für Mehl, Mehlgwaren und Brot gefaßt sein. Ein Ausblick das, bei dem es Hunderttausende von Müttern kalt überläuft. Die Höchstpreise, die der Bundesrat festgesetzt hat, sind wirklich höchste Preise, wie sie im letzten Jahrzehnt nicht einmal in Teuerungs Jahren erreicht wurden. Treffend schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

„Drei Monate hat die Regierung von der scharfen Waffe der Höchstpreise, die der Reichstag ihr am 4. August ver-



trauensvoll in die Hände gegeben hatte, keinen Gebrauch gemacht, drei Monate hat sie die Preise in einer wilden Unordnung sich entwickeln lassen – nun ist die Folge, daß wir zu vernünftigen und gerechten Preisen überhaupt nicht mehr kommen konnten. Denn das muß gegenüber den wortreichen Darlegungen der Regierung offen und rückhaltlos ausgesprochen werden: *Die jetzt festgelegten Höchstpreise sind nicht billig und nicht gerecht, sie erreichen ein Niveau, das man vor acht Wochen noch nicht laut zu nennen gewagt hätte . . .* Die Preise bedeuten eine Mehrlast von mehreren Hundert Millionen Mark, zu zahlen von der konsumierenden Masse des Volkes an den anderen Teil, die Produzenten und die Aufkäufer.“

Am 4. November sollte die Maßregel in Kraft treten, und es ist vorgesehen, daß schon vom 31. Dezember an eine „schrittweise mäßige Erhöhung“ der festgesetzten Sätze eintritt. Eine Weihnachtsfreude ganz eigentümlicher Art für die Verbraucher. Die „schrittweise mäßige Erhöhung“ besteht nämlich darin, daß ab 1. Januar 1915 die festgesetzten Preise am 1. und 15. jedes Monats um je 1,50 Mark je Tonne steigen. Die Tonne Weizen würde demnach Ende Juli in Berlin 281,50 Mark, die Tonne Roggen 241 Mark kosten. Das ist ein starker Anreiz für die Großgrundbesitzer, mit ihrem Getreide zurückzuhalten, um dann im Sommer die allerhöchsten Preise einstreichen zu können.

Das Reich ist davor zurückgeschreckt, selbst die Getreidevorräte zu übernehmen und unter Berücksichtigung der richtigen Verteilung bis zur Ernte zu verkaufen. [Zensurstreichung.]

Um so mehr ist es zu bedauern, daß der Bundesrat nicht wenigstens den Verkaufszwang für Brotfrucht ausgesprochen, sondern erst angedroht hat. Landwirtschaftliche Sachverständige haben Höchstpreise ohne Maßregeln dieser Art für unzulänglich erklärt. So schrieb zum Beispiel Dr. Heim: „Preisregulierung ohne Vorratsregulierung ist wirkungslos,



unwirtschaftlich, von gegenteiliger Wirkung.“ In der „Deutschen Tageszeitung“, dem Organ des Bundes der Landwirte, war zu lesen: „Die Höchstpreise genügen aber allein nicht; Hand in Hand damit muß eine Organisation zur Festsetzung und Verteilung des Bedarfes gehen. Entschließt man sich nicht zu diesen Maßnahmen, so können bei längerer Dauer des Krieges, mit der wir unbedingt rechnen müssen, recht schwierige und recht bedenkliche Verhältnisse eintreten.“

Der Bundesrat hat bestimmt, daß dem Weizenbrot mindestens 10 Prozent Roggenmehl, dem Roggenbrot mindestens 5 Prozent Kartoffelmehl zugesetzt werden müssen; die Beimischung des Kartoffelmehls darf bis zu 20 Prozent ausgedehnt werden. Die Vorschrift erscheint begreiflich, um den Vorrat an Brotgetreide zu „strecken“, ihn länger dauern zu machen. Eine Verminderung des Nährwertes des Brotes – die Regierung bestreitet zwar eine solche – aber wird am verhängnisvollsten gerade die Gesundheit der arbeitenden Massen treffen, weil diese einen starken Brotverbrauch haben und nicht durch andere hochwertige Nahrungsmittel die geringere Qualität wettmachen können. Außerdem muß man damit rechnen, daß der größere Verbrauch von Kartoffelmehl für Brot den Preis der Knollenfrucht steigern wird. Man halte fest, daß der Bundesrat bis jetzt keine Höchstpreise für Kartoffeln vorgeschrieben hat und die Vergeudung der Nahrungsmittel für die Zwecke der Branntweimbrennerei nur auf 60 Prozent eingeschränkt hat. Was besagt aber die Möglichkeit eines weiteren Anziehens der Kartoffelpreise, die Möglichkeit der Kartoffelknappheit für die Frauen des Volkes anders als drohende schwere Sorge und Not?

Der unerträglich verteuerte Lebensbedarf rollt gerade für die Frauen einen ganzen Knäuel von Fragen auf, die in schärfster Beleuchtung zeigen, wie untrennbar das wirtschaftliche und das politische Geschehen miteinander verknüpft sind. Wollen

die Proletarierinnen mit den Ihrigen die eisernen Kriegszeiten möglichst unbeschädigt an Gesundheit und Lebenskraft, an Energie und geistiger Frische überstehen, so müssen sie klarblickender und nachdrücklicher als je das Recht des Volkes auf billigen, erschwinglichen Lebensbedarf politisch schützen und zur Geltung bringen. Ihre Stimme muß künftig überall dort gehört werden, wo es darum geht, den Tisch des Volkes zu bestellen. Durch einen großen Teil unserer Presse ging ein Artikel, in dem nach dem Muster eines Briefstellers für Liebende den Frauen der Rat gegeben wurde, ihre und der Kinder Lebenshaltung den Männern im Felde als die behaglichste Idylle zu schildern. Den Frauen wurde die Geste eines verlogenen Heroismus des Entbehrens gepredigt. Uns dünkt solche Verlogenheit verächtlich und gefährlich. Wir rufen die Frauen auf zum wahren Heroismus der Tat: gegen die Entbehrungen und ihre Ursachen zu kämpfen.

„Die Gleichheit“,  
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,  
Stuttgart, 13. November 1914.

---

## An die sozialistischen Frauen aller Länder!<sup>1</sup>

*Aus einem Aufruf*

November 1914

Genossinnen! Schwestern!

Von Woche zu Woche mehren sich in den kriegführenden wie in den neutralen Ländern die Frauenstimmen, die Protest erheben wider das furchtbare Völkerringen, das der Drang nach Weltmacht und Weltherrschaft der kapitalistischen Staaten geboren hat. Seit fast 4 Monaten dauert nun der Waffengang zwischen dem Zweibund und dem Dreibund, und immer neue Völker, immer mehr Teile der Erde werden in seinen blutigen Strudel gerissen.

Der Krieg hat die besten physischen, geistigen und moralischen Kräfte der Völker in seinen Dienst genommen, die Reichtümer ihrer Wirtschaft, die vollkommenste Organisation des Zusammenwirkens zu einem Zweck, wertvolle Errungenschaften der Wissenschaft und Wunderwerke der Technik. Er türmt Ruinenhaufen und Berge Getöteter und Verstümmelter, wie sie die Geschichte noch nie gesehen hat, so große Blut- und Tränenströme auch durch sie ziehen. Er tritt die Wohlfahrt und das Glück von Millionen unter seinen Fuß, zerreißt völkerrechtliche Verträge, philosophiert mit dem Schwert über ehrwürdig gewordene Vorstellungen und Ein-

---

<sup>1</sup> Dieser Aufruf wurde zuerst in der „Bernser Tagwacht“ veröffentlicht und im Dezember 1914 in Deutschland als Flugblatt verbreitet. In der „Gleichheit“ wurde er von der Zensur gestrichen.



richtungen und befiehlt den Völkern anzubeten, was sie gestern verbrannten, und zu verbrennen, was sie bisher anbeteten. Er befleckt alle Ideale, die ungezählte Geschlechter aller Nationen und Rassen unter Qualen und Freuden der Menschheit auf ihrem Entwicklungsgang von der Tierheit zum Reiche wahrer menschlicher Freiheit geschaffen haben. Was ist mit den Geboten des christlichen Gottes: „Du sollst nicht töten!“ und „Liebe deine Feinde!“? Was mit der weltbürgerlichen Gesinnung und Gesittung, die von den größten und edelsten Geistern aller modernen Kulturnationen auf den Schild erhoben worden ist? Was mit der internationalen, der sozialistischen Brüderlichkeit der Proletarier aller Länder, von der wir stolz träumten und sagten?

Je länger dieser Krieg währt, um so mehr verblassen und zerschleißen die schimmernden Redensarten und Gedankengänge, die sein kapitalistisches Wesen vor den Augen der Völker bemänteln sollten. Es fallen die Masken, die schön beblühten Hüllen, die so viele getäuscht haben. In nackter Häßlichkeit, als kapitalistischer Eroberungs- und Weltmachtskrieg, steht er da . . .

Uns sozialistischen Frauen ist der Weltfriede als Frucht und Unterpfand der internationalen Brüderlichkeit der Proletarier aller Länder stets besonders heilig gewesen, jener Brüderlichkeit, die allein das Tor zur sozialistischen Zukunftsordnung zu sprengen vermag, die wir Frauen mit der Seele suchen. Weil dem so ist, so steht auch der Weltkrieg mit seinen Schrecken nicht trennend zwischen uns. Unbeirrt durch Schlachtdonner, klirrende Reden und kritiklose Massenstimmungen tragen wir in allen Ländern unversehrt die alten sozialistischen Ideale durch diese Zeit. Von überallher reichen wir uns über Blutströme und Trümmerhaufen hinweg die Schwesternhände, einig in der einen alten Erkenntnis und dem einen unerschütterlichen Willen: Durch zum Sozialismus!

Unsere letzte große gemeinsame Arbeit, die geplante Konferenz in Wien, sollte im Zeichen unseres Friedenswillens stehen. Die eiserne Faust des Weltkrieges hat sie vereitelt. Nun muß dieser Friedenswille uns die erste große gemeinsame Aufgabe diktieren. Wir Sozialistinnen müssen in allen Ländern die Frauen rufen und sammeln, damit sie sich dem weiteren Wahnsinn des Völkerringens entgegenstemmen. Millionestimmig, unwiderstehlich muß unser Schrei ertönen: Genug des Würgens, genug der Verheerung! Kein Ringen bis zur Erschöpfung, bis zum Verbluten der Völker! Friede! Dauernder Friede!

Darum kein Antasten der Unabhängigkeit und Würde irgendeiner Nation! Keine Annexionen, für kein Land demütigende Friedensbedingungen, die nicht Bürgschaft der Sicherheit für die Nachbarn sind, sondern Anreize zum erdrückenden Wettrüsten und zu neuen greuelvollen Welthändeln! Raum für die friedliche Arbeit! Die Bahn frei für die Verbrüderung der Völker und ihr Zusammenwirken zur Blüte der internationalen Kultur!

Wohl sind wir Frauen fast in allen Ländern nur geringen politischen Rechtes, doch nicht ohne soziale Macht. Nützen wir jedes Fünkchen dieser Macht, von der Geltung unseres Wortes und unseres Wirkens im vertrauten Kreise der Angehörigen und Freunde bis zu unserem Einfluß in der Öffentlichkeit, den diese waffenstarrende Zeit gesteigert hat. Nützen wir alle Mittel der Rede und Schrift, der Betätigung einzelner und des Zusammenwirkens vieler, die uns in den verschiedenen Ländern zu Gebote stehen. Uns kann dabei das Tosen der chauvinistischen Strömung nicht verwirren oder schrecken, auf der geschäftskundige Prozentpatrioten, machtgierige Eroberungspolitiker und gewissenlose Demagogen sich treiben lassen. Gerade angesichts dieser Strömung reden wir laut von den Kulturwerten, die alle Nationen zum Menschheitserbe

beigesteuert haben, von der Notwendigkeit einer großen internationalen Gemeinschaft der Völker. Entrollen wir mit Stolz das Banner der sozialistischen Friedensforderungen, das Banner des Sozialismus. In allen Ländern wird uns Einsichtslosigkeit und Eigennutz als Vaterlandslose schmähen und verfolgen. Sei's drum! Wir wissen, daß wir mit unserem Friedenswerk unser Heimatland mehr fördern als durch Beschimpfung und Herabwürdigung fremder Nationen und durch säbelschneidende Kriegstreibereien. Wenn die Männer töten, so ist es an uns Frauen, für die Erhaltung des Lebens zu kämpfen. Wenn die Männer schweigen, so ist es unsere Pflicht, erfüllt von unseren Idealen die Stimme zu erheben.

Genossinnen, Schwestern! Löst das Versprechen ein, das eure Vertreterin auf dem denkwürdigen Friedenskongreß zu Basel der Sozialistischen Internationale gegeben hat: „Deshalb werden wir auch im Kriege gegen den Krieg zu den Vorwärtsdrängenden, zu den Stürmenden gehören!“<sup>1</sup>

„Die Gleichheit“,  
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,  
Stuttgart, 27. November 1914.

<sup>1</sup> S. 568 des vorliegenden Bandes. *Die Red.*



---

## Brief an Heleen Ankersmit<sup>[65]</sup>

Wilhelmshöhe, den 3. Dezember 1914

Liebe Genossin Ankersmit!

Zuerst nochmals die Sie beruhigende Mitteilung, daß ich vermutlich alle Ihre Zusendungen erhalten habe. Ich kann nur sagen vermutlich. Weshalb, das wird Ihnen das Folgende zeigen. Erhalten habe ich die „Botschaft“ unserer englischen Genossinnen, den ebenso schönen Brief von Freundin Longman und Ihren eigenen langen, lieben Brief sowie eine Karte. Ich habe Ihnen den Empfang dieser Sendungen schon angezeigt. Aber haben Sie diese Benachrichtigung erhalten? That is the question. Ich schickte Ihnen zweimal meinen Aufruf als Internationale Sekretärin, in dem ich die Genossinnen aller Länder aufforderte, für den Frieden zu wirken. Das eine Exemplar lag zwischen alten Nummern der „Gleichheit“. Ich teilte Ihnen das in einer offenen Karte mit und bat um Empfangsbestätigung. Solche habe ich bis heute nicht erhalten, obgleich seitdem 14 Tage ins Land gegangen sind. Ich lege Ihnen nun den Aufruf nochmals in 2 Exemplaren bei, bitte Sie, für die rasche Veröffentlichung in der holländischen Parteipresse zu sorgen und ein Exemplar des deutschen Textes sicher an unsere englischen Genossinnen zu schicken. Mary Longman wird ihn gern und gut übersetzen.

Wundern Sie sich nicht, wenn ich Ihnen selten und nichtsagend schreibe. Solange die Briefe aus Deutschland offen

gehen müssen, kann es nicht anders sein. Abgesehen von dem allgemeinen Zustand, kommt in meinem Falle noch dazu, daß die Behörden meiner Überzeugung und Haltung wegen ein „besonderes Auge“ auf mich haben. Es ist gar kein Zweifel, daß ich persönlich wenigstens zeitweilig überwacht werde und daß meine Korrespondenz einer „sorgsamem“ Kontrolle untersteht. So überflüssig und lächerlich das ist, so lästig macht es sich fühlbar. Es kommt darin nicht bloß die allgemeine Situation zum Ausdruck, sondern auch – und das ist das Niederdrückende, Demütigende daran – der politische und moralische Bankrott der deutschen Sozialdemokratie, soweit sie jetzt als offizielle Partei existiert. Wenn ich Ihnen von alledem spreche, so geschieht dies nicht nur, damit Sie die Schwierigkeiten verstehen, die meine Tätigkeit als Internationale Sekretärin behindern, sondern auch, damit Sie die Entwicklung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie kennenlernen und damit das Milieu, in dem wir jetzt hier leben und weben. Ich benutze die Gunst des Zufalls, Ihnen einen Brief zu schicken. Was ich Ihnen schreibe, ist zu Ihrer Information bestimmt wie zur Aufklärung der mit Ihnen arbeitenden führenden Genossinnen, nicht aber zur Veröffentlichung. Damit will ich natürlich nicht etwa sagen, daß Sie die Tatsachen verschweigen sollen, die ich Ihnen mitteile. Im Gegenteil, diese Mitteilungen sollen politisch wirksam werden. Nur dürfen Sie – wie die Dinge liegen – meine Mitteilungen nicht als Brief von mir veröffentlichen. Meine Arbeit in Deutschland – die nationale wie internationale – würde sonst vollständig unterbunden.

Das Verhängnisvollste der gegenwärtigen Situation ist, daß der Imperialismus alle Kräfte des Proletariats, alle Einrichtungen und Waffen, die seine kämpfende Vorhut für den Befreiungskampf geschaffen hat, in den Dienst seiner Zwecke genommen hat. Daß er dies so restlos tun konnte, daran trägt die Sozialdemokratie die Hauptschuld und Hauptverantwort-



Clara Zetkin und Rosa Luxemburg





lichkeit vor der Internationale und der Geschichte. Die Bewilligung der Kriegskredite hat das Signal zu einem ebenso weitfassenden als schimpflichen Mauserungsprozeß der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie gegeben. Diese Mehrheit ist heute nicht mehr proletarische, sozialistische Klassenkampfpartei, sondern nationalistische soziale Reformpartei, die sich für Annexionen und Kolonialeroberungen begeistert. Ein Teil noch mit Phrase, ein anderer sans phrase. Der Umwandlungsprozeß vollzieht sich um so schneller, als der Krieg eine Treibhausatmosphäre für diese Entwicklung schafft und der größte Teil unserer jüngeren, geschulten und energischen Genossen im Felde steht. Unsere Organisationen sind mehr als dezimiert. Unsere Kassen werden durch die Unterstützungen geleert. In den Mitgliederversammlungen darf nur verhandelt werden, was die Behörden gestatten. Ein Teil der Parteiführer und Parteibürokraten geht noch weiter als sie und macht mittels des Organisationsapparates die Erörterung von Gegenständen unmöglich, die zur Beleuchtung der Ursachen und des Charakters des Krieges führen müßte, zur Kritik an der Haltung unserer Partei, zur Forderung: Friede, keine Annexionen etc. Von den 91 Organen unserer Parteipresse, von den vielen Gewerkschaftsblättern ist die erdrückende Mehrzahl durch und durch nationalistisch, ja chauvinistisch, und nicht wenige übertreffen an mordspatriotischer Gesinnungstüchtigkeit die anständigeren und besonnenen bürgerlichen Blätter. Sozialdemokratische und gewerkschaftliche Organe haben den völkerrechtswidrigen Einbruch in Belgien gebilligt, die Niedermetzelung aller als Franktireurs Verdächtigen, ihrer Frauen und Kinder, die Einäscherung ihrer Heimstätten in ganzen Ortschaften und Bezirken. Sozialdemokratische und gewerkschaftliche Organe fordern die Annexion des ganzen Landes von Antwerpen bis Calais, von ganz Lothringen etc. Der P. V.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Parteivorstand der SPD. *Die Red.*

hat die wiederholten Anregungen und Anträge abgelehnt, durch ein Manifest etc. die Losung zu einem allgemeinen Auftreten der Partei gegen die versteckten Annexionshetzereien und für den Frieden zu geben. Mit dieser Begründung: 1. Ein solches Auftreten sei überflüssig, da allgemein bekannt sei, wie die Partei zu Annexionen und Frieden steht und diese ihre Stellung noch durch die Erklärung der Reichstagsfraktion vom 4. August feierlich bestätigt habe. 2. Es sei unmöglich, da die Behörden weder für noch gegen Annexionen und Frieden schreiben und reden lassen. Überflüssig zu sagen, daß – trotz entsprechender Erklärungen der Behörden – diese nichts hören und sehen, wenn Annexionen und Kolonialeroberungen geheischt und die Forderung baldigen Friedens verhöhnt und bekämpft wird. Summa summarum: Eine Niederlage im Kampfe für seine Ziele würde das deutsche Proletariat bei weitem nicht so geschwächt, verwirrt und desorientiert, würde bei weitem nicht soviel Opfer an Gut und Blut gekostet haben, als es der Verrat der Partei tut.

Gewiß, liebe Genossin Ankersmit, es ist in der Sozialdemokratie und außerhalb ihrer in den proletarischen Massen eine zielklare und entschiedene Opposition gegen diesen Stand der Dinge und seine weitere Entwicklung vorhanden. Sie wissen ja, daß in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 14 Mitglieder am 4. August gegen die Bewilligung der Kriegskredite waren. Weitere 3 Abgeordnete hätten sich ihnen zugesellt, würden sie an der Sitzung teilgenommen haben. In allen großen Orten ist Unzufriedenheit und Gärung vorhanden. Allein, die Opposition ist gefesselt und geknebelt. Der Belagerungszustand macht es ihr ganz unmöglich, in den Organisationen und der Presse zu Wort zu kommen. Die „Revisionisten“ – um diesen Ausdruck zu brauchen, der heute aber viel weiter faßt als früher und die Mehrheit der Genossen und Gewerkschaftler deckt – nutzen den Belagerungszustand systematisch und skru-



pellos aus, um den Massen ihren Standpunkt aufzureden, ja, aufzuzwingen und die Opposition vollends mundtot zu machen. Sie vermögen das um so leichter zu tun, als sie die unverhüllte oder auch verhüllte Gunst der Behörden für ihre Bestrebungen haben und als sich der größte Teil der Arbeiterpresse und der Organisationsleitungen in ihrer Hand befindet. Innerhalb der Organisationen stoßen die „Revisionisten“ mit ihren Bestrebungen jetzt nur auf schwachen Widerstand, eben weil die jüngeren und entschiedensten Genossen draußen ihrer Militärpflicht genügen. So ist die Opposition gegen die Verleugnung der sozialistischen Grundsätze wohl da, aber sie kann nicht reden und kann sich nicht zählen. Alles, was sie tun kann, beschränkt sich darauf, den Gang der Dinge genau zu verfolgen, ihn kritisch an unserer sozialistischen Auffassung zu prüfen, sich dem Verfall entgegenzuwerfen, wo und wie es geht, und eine Sammlung der zielklaren, entschiedenen Elemente für die unvermeidliche grundsätzliche Auseinandersetzung vorzubereiten. Ich sage die unvermeidliche Auseinandersetzung, weil eine solche der entschiedenen Linken bei allem Wünschen der Einheit der Partei durch die Entwicklung der Rechten aufgezwungen wird, die immer rascher und vollständiger über Bord wirft, was von der stolzen Vergangenheit und Tradition der deutschen Sozialdemokratie geblieben ist. Der Friede wird das deutsche Proletariat vor eine Riesenarbeit des Schuttwegräumens und Aufbaus stellen. Dafür die Kräfte zu sammeln, zielklar, willensstark und opferfähig zu erhalten, ist die Aufgabe der Opposition. Wie groß diese ist, über welche Kräfte sie verfügt, wie weite Kreise sie unter den Massen zieht: das alles und anderes noch läßt sich aus den bereits kurz aufgezeigten Gründen gegenwärtig nicht sagen. Es wäre unklug, sich darüber zu täuschen, daß es jetzt eine Minderheit ist. Aber ebenso unklug würde es sein, die Tatsache zu übersehen und zu unterschätzen, daß diese Minderheit

unaufhaltsam mit der Dauer des Krieges wächst. Viele aufgeklärte Proletarier haben sich denn doch die beschworene „Gefahr für den Bestand und die Kultur des Vaterlands“, haben sich den Charakter und die Wirkungen und Opfer des Krieges ganz anders vorgestellt, als die Dinge sich jetzt enthüllen.

Brauche ich Ihnen erst auseinanderzusetzen, liebe Freundin Ankersmit, daß und warum ich zur opponierenden Minderheit gehöre? Ich glaube, meine Lebensarbeit sagt Ihnen darüber genug. Sie haben wohl auch die Erklärung gelesen, die ich zusammen mit Rosa Luxemburg und den Genossen Liebknecht und Mehring veröffentlichte. Ich habe es von Anfang an als Ehrenpflicht der „Gleichheit“ angesehen, ein sozialistisches Blatt zu bleiben und unbefleckt von chauvinistischen Tendenzen das Banner zu erhalten, das sie nun fast ein Vierteljahrhundert den Frauen voranträgt. Es dünkte mir dies um so selbstverständlicher, als die „Gleichheit“ ja auch das internationale Organ der Genossinnen ist. Sie werden nach dem Vorausgeschickten wissen, wie außerordentlich schwer es für mich ist, das Selbstverständliche zu tun. Ich überblicke natürlich die Situation klar genug, um zu wissen, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, offen darzulegen, wie die Ereignisse sich meiner Überzeugung nach darstellen und was vom sozialistischen Standpunkt dazu gesagt werden, was als Aufgabe des Proletariats erwiesen werden müßte. Ich verzichtete also von vornherein darauf, das auszusprechen, was ich nicht aussprechen durfte und konnte, weil die Behörden das formale Recht und namentlich die Macht haben, mich zu zwingen, es unausgesprochen zu lassen. Jedoch ich lehnte es von Anfang an mit aller Entschiedenheit ab zu sagen, was ich als internationale Sozialistin meiner Überzeugung nach nicht sagen konnte und durfte. Ich bemühte mich, dem Taumel des Chauvinismus, eines ganz bürgerlichen Patriotismus, der mit wahrer Vaterlandsliebe gar nichts gemein hat, keine Konzessionen zu



machen, umgekehrt, dieser Raserei und damit der Selbstaufgabe der Sozialdemokratie so kräftig und bewußt als möglich entgegenzuwirken. Ich habe auch die Genugtuung, daß die Haltung der „Gleichheit“ verstanden und gewürdigt wird. In den fast 24 Jahren, die ich die „Gleichheit“ redigiere, habe ich noch in keiner Periode ihrer kampfreichen Existenz soviel Zustimmungskundgebungen erhalten. Aus allen Gegenden des Reichs, von Frauen und Männern, von politisch und gewerkschaftlich Organisierten.

Aber, liebe Genossin, die „Gleichheit“ ist wegen ihrer Haltung den willkürlichsten Drangsalierungen durch die Zensur und das Militärkommando preisgegeben. Sie müssen bedenken, daß wir unter dem verhängten Belagerungszustand schlimmer daran sind als unter dem Sozialistengesetz. Dieses band die Behörden an bestimmte Normen, und uns blieb das Recht, ihre Entscheidungen vor Gericht anzufechten, unsere Sache vor alle Instanzen zu bringen und schließlich im Reichstag verfechten zu lassen. Bindende Normen kennt der Belagerungszustand nicht. Die Oberste Heeresleitung und ihre Vertretung in den einzelnen Bezirken kann ganz souverän verfügen, ohne Angabe von Gründen, und ihre Maßnahmen können nicht vor Gericht angefochten werden. Im Reichstag aber hat die Sozialdemokratie sich freiwillig knebeln lassen. Es finden dort keine Debatten statt, um die Demonstration von „der Einigkeit des ganzen deutschen Volkes“ nicht abzuschwächen. Eine lächerliche Begründung! Der Maulkorb für die Opposition ist nie ein Zeichen der Kraft, sondern der Furcht. Nun sollte zwar jetzt im stillen Kämmerlein der erweiterten Budgetkommission über brennende Fragen verhandelt werden, darunter auch über Presse und Zensur. Ich habe getan, was ich konnte, um dieses Grashälmchen einer Aktionsmöglichkeit zu packen und nutzbar zu machen, indem ich Genossen Haase – als Vorsitzenden der Partei, der Fraktion und als Rechtsanwalt – das ganze akten-



mäßige Material über die Schikanierung der „Gleichheit“ schickte. Aber ich handelte, um meine Pflicht zu erfüllen, ohne jede Illusion darüber, daß so gut wie nichts dabei herauskommt. Schon deswegen nicht, weil das wichtigste Element für die Wirkung der Kritik fehlt: die Öffentlichkeit.

Mais revenons à nos moutons<sup>1</sup>: die Situation der „Gleichheit“. Die Behörden vermerken mit Unwillen, daß das Blatt nicht in den teutonischen Bardenchor der Parteipresse einstimmt. Gerade weil die „Gleichheit“ einen Ruf und ein Ansehen hat. Sie brauchen und mißbrauchen ihre Macht, um das Blatt dafür zu züchtigen, daß es sich „beharrlich weigert, sich der großen Bewegung der Zeit und des Volks anzupassen“. Sie tun das um so überzeugter und rücksichtsloser, als sie wissen, daß unsere Zeitschrift mit ihrer Haltung leider in der Partei sehr isoliert steht; daß ein großer Teil der anderen Arbeiterblätter diese Haltung mißbilligt; ja, daß gar manche Genossen und Gewerkschaftler offen oder versteckt Beifall zu jedem Schlag klatschen, der die „Gleichheit“ trifft. Es fehlt sogar nicht an Leuten, denen nichts lieber wäre, als wenn dieses „radikale Krakeelblatt“ ganz verboten würde. Es ist beschämend, liebe Genossin Ankersmit, aber es ist so: Man braucht nicht die Finger beider Hände, um von den 91 Organen der Partei – die Gewerkschaftsblätter nicht mitgerechnet – jene aufzuzählen, die mutig und unbeirrt sich auf der gleichen Linie wie die „Gleichheit“ halten. Würden das alle unsere Blätter tun oder wenigstens die meisten, so würde keine Zivil- und Militärbehörde eine die Meinungsfreiheit knebelnde Zensur wagen, wie sie jetzt geübt wird. Man braucht die Arbeiterpresse, man kann auf sie nicht verzichten, man könnte nicht riskieren, die proletarischen Massen aufzuregen und zu erbittern und würde deshalb auch die Presse betreffend lassen, was man nicht tun kann, wenn – ja, wenn die Partei und mit ihr

<sup>1</sup> Im übertragenen Sinne: Zurück zur Sache (frz.). *Die Red.*

die meisten Arbeiterblätter sich nicht freiwillig in den Dienst des Imperialismus gestellt hätten. Wie die Dinge liegen, ist das schimpfliche Verhalten der Mehrzahl unserer Organe nicht bloß ein Verrat der sozialistischen Grundsätze, sondern wirkt praktisch als ein ständiger Anreiz auf die Behörden, von der opponierenden Minderheit der sozialistischen Blätter den gleichen Verrat zu beanspruchen und die Meinungsfreiheit tatsächlich aufzuheben, noch sozialistisch zu schreiben. Die Praxis gegenüber der „Gleichheit“ beweist das.

„Gleichheit“ Nr. 23 wurde konfisziert, obgleich sie noch vor dem Krieg geschrieben und gedruckt worden war und nach mehreren Wochen wieder freigegeben werden mußte. Als das Blatt wieder erscheinen durfte, waren wir zur äußersten Vorsicht gezwungen, wir mußten tastend das Terrain für den Versuch sondieren, zunächst wenigstens einen Teil der zerrissenen Verbindungen wiederherzustellen. Die Behörden hatten nämlich auch alle Bücher und Adressen des Verlags beschlagnahmt. Natürlich wachten sie auch mit Argusaugen über jedes Wort. So war ich gezwungen, mit den Gedanken zwischen allerhand Klippen und Sandbänken herumzulavieren und in der Form recht apokalyptisch zu sein, damit Nr. 24 überhaupt herauskommen konnte. Von vornherein auf das Erscheinen verzichten, hätte geheißen, den Kampf aufzugeben. Bei jeder Nummer gab es nun die behördlichen Beanstandungen. Die Präventivzensur strich, was ihr mißfiel, oft in der kleinlichsten, ja in lächerlicher Weise. In den ersten Nummern nach dem Wiedererscheinen suchte ich die gestrichenen Stellen so gut als möglich durch neue Sätze „zu flicken“, die den Behörden nicht „anstößig“ erschienen. Es war dies eine schwere Arbeit, bei der ich meiner Überzeugung nichts zu vergeben suchte, die mich aber doch zwang, manches zu schlucken. Nach einigen Nummern war es mir jedoch klar geworden, daß es um der Sache willen besser sei, einen andern Weg zu wandeln. Die



„geflickten“ Stellen wurden leicht unklar und trugen die Gefahr in sich, mißverstanden zu werden. Zumal von Genossinnen, die noch nicht geschult waren oder im Ausland lebten und die Situation nicht kannten. Je größer die Verwirrung ward, die in der Partei einriß, um so notwendiger war es, daß die „Gleichheit“ jede Unklarheit und Möglichkeit zum Mißverstandenwerden vermied. Deshalb lehnte ich nun Änderungen grundsätzlich ab und ließ die von der Zensur gestrichenen Stellen leer und weiß. Ich hoffe, daß die meisten Genossinnen aus dem gesamten Gedankeninhalt eines Artikels und seiner Logik das Fehlende ergänzen und den gestörten Zusammenhang finden. Außerdem reden die weißen Stellen ihre eigene Sprache. Sie sind nicht wegzudeutelnde Illustrationen, wie der berühmte „Burgfrieden“ in der Praxis aussieht, daß er nichts anderes ist als eine Entwaffnung des Proletariats im Kampfe für seine Interessen und Ideale.

Mit Nr. 5 trieben es die Behörden besonders toll. Das ganze Hauptblatt wurde vom Generalkommando auf Antrag der Zensur verboten, deren Ansicht war, „es müsse einmal ein Exempel statuiert werden“. Die Zensur beanstandete nicht bloß einzelne Stellen, sondern fast alle Artikel, darunter recht harmlose, wie einen über die Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer durch die Gemeinden in der Praxis. Die Zensurbehörde wollte erst auf eigene Verantwortlichkeit hin erlauben, aus dem Rest des Inhalts ein neues Blatt zusammenzustellen. Die Zusammenstellung erfolgte. An die Spitze sollte eine Notiz kommen, die den Leserinnen pflichtgemäß mitteilte, daß das Blatt statt 8 nur 4 Seiten habe, weil das Generalkommando unter Androhung der Beschlagnahme die und die Artikel – erfolgte Angabe der Titel – und die Notizen „Für den Frieden“ verboten habe. Offenbar erregte auch diese trockene Mitteilung die Galle der Zensurbehörde. Sie erklärte nun, der Beschluß des Generalkommandos müsse vollständig durch-



geführt, das ganze Hauptblatt müsse verboten werden. Unter den besonders beanstandeten Beiträgen befand sich nicht nur der „Aufruf“, sondern auch die „Botschaft der englischen Genossinnen“, obgleich diese schon in einem großen Teil der sozialdemokratischen Tagesblätter erschienen war und obgleich die Wiener „Arbeiterinnen-Zeitung“ sie ebenfalls veröffentlichen durfte. Und damit komme ich nun zum Kapitel unserer internationalen Beziehungen und unseres gemeinsamen internationalen Wirkens.

Liebe Genossin Ankersmit, als der Krieg ausbrach, aller Verkehr mit dem Ausland gesperrt war und alle Verbindungsfäden zwischen den Genossinnen der einzelnen Länder zerrissen schienen, sagte ich mir sofort: *Nun erst recht!* Es war mir klar, daß ich als Internationale Sekretärin sobald als möglich danach trachten mußte, die Verbindungen wiederherzustellen, die Genossinnen zu sammeln und für eine gemeinsame Aufgabe wieder in Reih und Glied zu stellen. Ich war weiter nicht im Zweifel darüber, daß es zunächst nur eine solche gemeinsame Aufgabe geben könne: die Arbeit, den Kampf *für den Frieden*, und zwar einen Frieden, wie er den sozialistischen Grundsätzen entspricht und für den wir Sozialistinnen in allen Ländern mit Ausnutzung aller uns verfügbaren Mittel wirken müßten. Meiner Ansicht nach ist es das stolze Vorrecht und die Ehrenpflicht der Sozialistischen Fraueninternationale, jetzt, in dem Kampf für den Frieden, den Frauen aller Klassen und Länder weckend und führend voranzugehen. Ich bin auch überzeugt, daß wir in allen Ländern nicht bloß einen beträchtlichen Teil Frauenrechtlerinnen mit fortreißen würden, vielmehr Frauen überhaupt, soweit sie nicht vom imperialistischen Gift blind und taub für ihre Interessen und Pflichten als Persönlichkeiten und Mütter geworden sind. Gedankengänge zu dieser Auffassung klingen Ihnen aus dem Leitartikel der „Gleichheit“ entgegen: „Wir Mütter“. Die Initiative zur in-

ternationalen Friedensarbeit gedachte ich zu ergreifen, sobald ich nur die Gewißheit hatte, daß die Genossinnen mehrerer Länder auf meinen Appell antworten würden wie daß mir die praktische Möglichkeit gesichert war, wenigstens mit einem Teil meiner früheren lieben Korrespondentinnen in Verbindung zu treten. Über das Vorhandensein beider Voraussetzungen war ich in der zweiten Hälfte Oktober im klaren. Als ich gegen den 21. und 22. Oktober in Berlin war, teilte ich Genossin Zietz meine Absicht mit. Sie widerriet der raschen Ausführung und hielt es für wirksamer, daß zuerst sie und ich gemeinsam eine Friedenskundgebung an die deutschen Genossinnen richteten. Mit einer solchen Kundgebung – vor oder gleichzeitig mit dem internationalen Aufruf – war ich im Prinzip natürlich einverstanden. Aber – nun kommt das Aber, weshalb bis heute nichts daraus geworden ist. Genossin Zietz war nämlich der Ansicht, unsere Kundgebung müsse gleichzeitig mit einem Friedensmanifest des deutschen Parteivorstands erscheinen, sie dürfe nicht früher vor die Öffentlichkeit treten. Der Parteivorstand aber, so informierte mich Genossin Zietz, warte für die Veröffentlichung seines Friedensmanifestes ab, daß die deutsche Armee im Westen den nahe bevorstehenden großen Entscheidungssieg errungen habe. Dieser Sieg werde voraussichtlich „nächste Woche“, also noch im Oktober (!!) erfolgen. Ich sagte natürlich Genossin Zietz zu, jederzeit eine Friedenskundgebung mit ihr zu unterzeichnen, erklärte aber auch, daß ich außerdem als Internationale Sekretärin handeln könne und handeln müsse. Die vorgeschlagene gemeinsame Kundgebung sollte von deutschen Genossinnen für deutsche Genossinnen bestimmt sein. Eine solche Kundgebung hätte und hat gewiß ihre sehr große Bedeutung. Ich würde sie mit beiden Händen lieber heute als morgen unterzeichnen. Ich habe auch mit Genossin Zietz verabredet, einen Entwurf dafür zu skizzieren. Jedoch, liebe Genossin Ankers-



mit, Sie werden verstehen, daß ich auf Grund reiflicher Überlegungen zu der Überzeugung kam, ich dürfe mich durch alles, was ich als führende deutsche Genossin tun könne und tun müsse,<sup>47</sup> nicht abhalten lassen, als Internationale Sekretärin ebenfalls zu handeln. In dieser meiner Auffassung bin ich seither nur bestärkt worden. Und das durch Ihre Zuschriften, liebe Freundin, wie durch die Briefe von Genossinnen anderer Länder, nicht minder aber auch durch eine Aussprache mit Schweizer Freunden und Angelica B[alabanoff]. Als Internationale Sekretärin – was sage ich, ich gehe konsequent weiter –, *als internationale Sozialistin* darf ich, kann ich die Situation nicht von einem engen, spezifisch deutschen Standpunkt aus betrachten. Ich darf und kann das Einsetzen der Friedensaktion der Frauen aller Länder nicht abhängig machen von einem vorhergehenden glänzenden Entscheidungssieg der deutschen Waffen. Die Engländerinnen, Belgierinnen, Französinen, Russinnen könnten die gleiche Rücksicht auf den Triumph ihrer Fahnen verlangen. Bei solcher Rücksicht auf das einzelne Land müßte die ganze Internationalität zum Teufel gehen. Das ist so klar, daß man kein Wort darüber zu verlieren braucht.

Anfang November schrieb ich also den internationalen Aufruf. Damit er den Genossinnen aller Länder akzeptabel sei und sie alle zusammenführen könne, mußte ich ihn natürlich ganz allgemein halten, so allgemein, daß er für mein persönliches Empfinden geradezu farblos war. Es wäre mir ein Bedürfnis gewesen, ganz anders dreinzuwettern, das können Sie mir glauben. Bei der allgemeinen, blassen Fassung nahm ich noch besonders Rücksicht auf die deutschen Verhältnisse. Wahrhaftig nicht aus Furcht, sondern weil mir um der Sache willen viel an der Veröffentlichung in Deutschland lag. Wenn die offizielle Sozialdemokratie über den Frieden in allen Tönen schwieg, so schien es mir erst recht Pflicht zu reden. Nicht



bloß als internationale, als deutsche Sozialdemokratin war es mir ein Herzensbedürfnis, inmitten des Schlachtenlärms und des mordspatriotischen Gebrülls meine Stimme für den Frieden, die internationale sozialistische Brüderlichkeit zu erheben. Deshalb nahm ich Bedacht auf eine Fassung, die die Veröffentlichung und Verbreitung des Aufrufs auch in Deutschland möglich gemacht hätte. Es half aber alles nichts. Ich war auf die Streichung einiger Sätze gefaßt, die Zensur beanstandete jedoch den ganzen Aufruf. Ich hoffe indessen, daß etwas später die Möglichkeit gegeben sein wird, ihn zu verbreiten. Inzwischen verlasse ich mich auf Sie, liebe Genossin, damit das Internationale Sekretariat den Aufruf erhält und damit dieser möglichst zur Kenntnis der Genossinnen in den verschiedenen Ländern kommt, zumal auch der englischen und belgischen Genossinnen, den Französischen hoffe ich ihn auf anderem Weg zu übermitteln.

Die „Botschaft“ der englischen Schwestern erhielt ich fast gleichzeitig durch Sie und die Norwegerinnen, gestern nochmals aus Schweden. Ohne das brutale Dazwischenfahren der Zensur wäre sie bereits Mitte November veröffentlicht worden. Zunächst muß ich mich bei dem Verbot bescheiden. In einiger Zeit werde ich jedoch versuchen, eine „gereinigte“ Ausgabe oder einen ausführlichen Auszug zu bringen. Das gleiche gilt für den Artikel aus der „Proletarische Vrouw“, den ich durch unsere Freundin A. F. in L. in Übersetzung erhielt. Durch das Verbot der Nr. 5 ist er, wie alle Beiträge „Für den Frieden“, ebenfalls unter den Schlitten gekommen. Doch hoffe ich, ihn in etlicher Zeit mit entsprechenden Kürzungen und vielsagenden Gedankenstrichen durchzubringen. Wenigstens soll es versucht werden, so bald und leicht gebe ich nicht nach. Die Antwort der österreichischen Genossinnen auf die englische Botschaft habe ich im vollen Wortlaut von unserer Freundin Popp erhalten. Von ihr gilt das gleiche wie von den beiden anderen

Bekundungen internationaler Gesinnung. In Nr. 6 durfte ich jedoch klugerweise den Leuen der Zensur nicht mit Internationalem reizen. Nr. 7 bringt einen längeren Bericht von Genossin Popp. Vielleicht bringe ich dann all das Internationale durch.

Nun zu einer Bekundung internationaler Solidarität aus Deutschland. Ich lege Ihnen einen persönlichen Brief für Mary L. bei und eine Antwort für die englischen Schwestern. Ihrem Inhalt nach dürfte sie wohl auch für die Französinen, Russinnen und Belgierinnen passen. Sie ist einstweilen nur von mir als Internationale Sekretärin gezeichnet, allein ich hoffe, Ihnen in einigen Tagen melden zu können, daß Genossin Zietz sich damit solidarisiert. Also warten Sie mit der Absendung, bis Sie Nachricht von mir haben. Die Sache ist nämlich diese: Genossin Zietz hat mich autorisiert, auch ihren Namen unter meine Antwort an die englischen Genossinnen zu setzen. Allein, sie kennt deren Text noch nicht, und ich bin nicht sicher, ob sie bestimmte Ausführungen darin billigen wird. Deshalb schicke ich ihr erst den Text. Wenn Genossin Zietz sich damit solidarisiert – ich suchte ihr das durch die Fassung der Antwort möglich zu machen –, so schicke ich Ihnen direkt eine Karte etwa des Inhalts: Luise wird in dem Konzert mitsingen. Diese Nachricht autorisiert Sie, Genossin Zietz' Namen zu unterzeichnen. Damit Sie die Dinge nicht mißverstehen, das Folgende: Ich bin überzeugt, daß Genossin Zietz international empfindet und denkt, und daß sie kein Feigling ist, hat sie oft genug bewiesen. Allein, sie fühlt sich durch ihr Amt als Mitglied des P. V. gebunden. Sie möchte daher jedenfalls ein persönliches Auftreten vermeiden, wofür Gegner eventuell den ganzen P. V. solidarisch verantwortlich machen würden. Die berühmte deutsche Disziplin hat ihre zwei Seiten, von denen die eine sehr bedenklich werden kann. Das zeigt erst wieder der „Fall Liebknecht“ im Reichstag. Hoffentlich ehrt



in diesem Falle die Internationale, was die engherzige Fraktionsdisziplin verdammt. Liebknecht hat weit mehr Mut und einen besseren Mut bewiesen als der zu Unrecht gefeierte Frank, der unter dem frenetischen Beifall aller Überdeutschen für den Imperialismus in die Schlacht ging und den Tod fand.

Doch zurück. Natürlich wäre es nicht bloß gut, sondern notwendig, daß die Friedensaktion überall auch durch Versammlungen betrieben würde. Jedoch hier in Deutschland ist das zur Zeit unmöglich. Die Stuttgarter Genossen haben eine Versammlung versucht mit Liebknecht als Redner und dem Thema: Wider die Annexionshetze. Sie wurde verboten. In Berlin und Umgegend wollten Liebknecht und Genossin Luxemburg über ähnliche Themen sprechen. Die Versammlungen wurden durch *Organisationsinstanzen* hintertrieben. Trotzdem will ich sehen, ob vielleicht kurz vor Weihnachten eine Frauenversammlung zustande kommt, die zur Friedenskundgebung wird. Mit den Versammlungen ist es wie mit der Presse: Wenn der P. V. die Initiative ergriffe und zu Versammlungen für den Frieden im ganzen Reich und an einem bestimmten Tage aufforderte, so würden die Behörden sich neunmal ein Verbot überlegen. Die einzelne Versammlung hier oder dort zerdrücken sie natürlich ohne Bedenken mit der eisernen Faust. Um so wichtiger ist aber, daß die Genossinnen und Genossen in den neutralen Ländern mit Friedenskundgebungen vorgehen. Sie werden damit einen moralischen Druck auf die Sozialdemokratie der kriegführenden Länder ausüben, sie – wo es not tut – zur Scham und Tat zurückrufen. Sie können aber damit auch die heimatliche Regierung beeinflussen und sie zum energischen gemeinsamen Eintreten aller neutralen Staaten für den Frieden vorantreiben. Liebe Genossin Ankersmit, ich weiß, daß ich Sie und die holländischen Genossinnen nicht erst zu bitten brauche, in diesem Sinne mit aller Kraft zu wirken. Nur eins möchte ich Ihnen sagen: Wenn



es möglich und nützlich erscheint, daß ich bei einer solchen Friedensversammlung mitwirke, so bin ich gern bereit zu kommen. Nur müssen wir uns früh verständigen, damit ich hier alles ordnen kann. Wir können über mancherlei korrespondieren, indem wir von der Internationale als der großen Familie reden, von den Parteien der einzelnen Länder als den „näheren Verwandten“, von Zusammenkünften etc. als von Konzerten, Hochzeiten etc. Wir werden schon herausfinden, worauf es ankommt. Sehr gut wäre es ja, wenn Sie jemand ganz Zuverlässigen nahe der deutschen Grenze ausfindig machen, der wichtige Briefe für mich auf deutschem Boden einwerfen könnte, so daß sie *verschlossen* expediert würden. Für diesen Fall müßten Sie folgende Adresse benutzen: Fräulein Marie Plettner, bei Fink, Altenbergstraße 1 in Stuttgart. Der Brief für mich müßte besonders kuvertiert sein mit der Aufschrift: Für Clara.

Der längste Brief hat einmal ein Ende, somit auch dieser Bandwurm. Ich glaubte aber, Ihnen und den Genossinnen eine offene, ungeschminkte Darstellung der Situation schuldig zu sein . . .

Soeben lesen wir die telegraphische Bestätigung, daß unsere Fraktion die zweiten 5 Milliarden für den Krieg bewilligt hat. Sie hat die letzte Möglichkeit zurückgewiesen, sich auf den Sozialismus zu besinnen. Das Votum vom 2. Dezember ist schlimmer, verhängnisvoller als das vom 4. August. Denn inzwischen haben die Ereignisse jeden Schein zerstört, der eine Sache des Vaterlandes vortäuschen konnte. Nur wer blind sein will, sieht nicht, daß es sich um den Imperialismus und nicht ums Vaterland handelt.

Ich hoffe, daß Sie es verstehen, warum in diesem endlosen Brief nur der Kopf in trockener Sachlichkeit gesprochen hat. Wollte ich das Herz reden lassen, ich fände kein Ende, und all das Leiden, die Enttäuschung, die Bitterkeit und Verzweiflung

der letzten Monate käme aus dem Grunde herauf und alles, was dort jetzt mühsam gebändigt und noch nicht verschmerzt liegt, gebändigt durch den Willen, die Pflicht zu tun bis zuletzt. Als der Zusammenbruch kam, meinte ich, wahnsinnig werden oder mich töten zu müssen. Ich war einen Monat lang schwer krank, und noch jetzt geht es mir nicht gut. Mein ältester Sohn steht als Arzt in Belgien – das durch einen schändlichen Bruch des Völkerrechts allen Greueln des Kriegs überantwortet wurde –, vielleicht ist er jetzt in Rußland. Ich bin fast ohne Nachricht von ihm. Wie oft die Kunde, daß einer unserer Treuesten, Einfachen gefallen ist. Doch was will das alles besagen angesichts der großen geschichtlichen Stunde, dem Zusammenbruch der Internationale! Der Rest ist Schweigen. Ihre Briefe sind Lichtblicke. Ich verstehe die Gefühle der holländischen Genossinnen und teile sie. Tun Sie, was Sie können. Ich nehme Ihre treue Hilfe für alles dankbar an und weiß mich fester als je mit Ihnen und allen verbunden.

Ihnen, liebe Freundin Ankersmit, Euch allen, Ihr lieben Genossinnen, drücke ich im Geiste herzlich die Hand.

Clara Zetkin

Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus  
beim ZK der KPdSU, Fonds: Clara Zetkin.  
Fotokopie im  
Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus  
beim ZK der SED.

1714

Erklärung.

Die Genossen Dr. Müdeku und Richard Fischer haben in der Parteipresse zur Auslands (in Schweden, Italien und in der Schweiz) den Versuch unternommen, die Haltung der deutschen Sozialdemokratie im gegenwärtigen Kriege im Lichte ihrer Auffassung darzustellen. Wir sehen uns deshalb gezwungen, den ausländischen Genossen zu versichern, dass wir und sicherlich viele andere deutsche Sozialdemokraten den Krieg, seine Ursachen, seinen Charakter sowie die Rolle der Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Lage von einem Standpunkt betrachten, der demjenigen der Genossen Müdeku und Fischer nicht entspricht. Der Belagerungsstand macht es uns vorläufig unmöglich, unsere Auffassung öffentlich zu vertreten.



Karl Liebknecht  
Dr. Franz Mehring  
Dr. Rosa Luxemburg  
Clara Zetkin

Erklärung Karl Liebknechts, Franz Mehrings, Rosa Luxemburgs und Clara Zetkins gegen den Krieg, die Mitte September 1914 in der schweizerischen sozialdemokratischen Presse veröffentlicht wurde





---

## Keine Illusion

Januar 1915

In allen Ländern werden die Sozialisten mit Schmerz auf das Jahr 1914 zurückblicken. International betrachtet, brachte es einen geradezu beispiellosen Triumph der kapitalistischen Weltmachtpolitik, die mit elementarer Gewalt der Katastrophe des Weltkrieges zugetrieben ist, ohne daß die sozialistischen Parteien der betroffenen Staaten das Unheil abzuwenden oder auch nur zu mildern vermocht hätten. Ja, mehr noch. Immer international betrachtet, wird der Höhepunkt des imperialistischen Triumphes und sein eigentliches Wesen nicht etwa durch die Entscheidungen auf den Schlachtfeldern bezeichnet, nicht durch die Macht- und Gebietsverteilungen zwischen den kriegführenden Staatengruppen, wie sie schließlich als Ergebnis des riesenhaften Ringens erscheinen können.

Der eigentliche Sieg der kapitalistischen Weltmachtpolitik ist national, innerhalb der Grenzen der einzelnen Länder, errungen worden. Er besteht in der bedingungslosen Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Gebote des Imperialismus, besteht darin, daß dieser die Arbeiterklasse vollständig in den Dienst seiner Ziele genommen und ihnen alle Kräfte und Einrichtungen nutzbar gemacht hat, die Hebel zur Befreiung des werktätigen Volkes sein sollten. Die sozialistischen Parteien der in Betracht kommenden Staaten haben diese Entwicklung der Dinge nicht aufgehalten, sondern - von wenigen

Ausnahmen abgesehen: der Sozialdemokratie in Serbien und Rußland, der Unabhängigen Arbeiterpartei<sup>[66]</sup> Großbritanniens – sie haben sie bewußt mitgemacht und gefördert. Wir werten heute diese Tatsache nicht, wir verzeichnen sie nur als bündigsten Beweis für unsere obige Auffassung vom Triumph der kapitalistischen Weltmachtspolitik.

Dieser Triumph mit seinem Um und Auf hat Illusionen vernichtet, die den Sozialisten aller Länder teure Wirklichkeiten dünkten, weil sie ihr Herzblut darangegeben hatten, ihnen Leben einzuflößen. Nun haben die Ereignisse gezeigt, daß das, was sie in den proletarischen Massen für Wirklichkeit, für geschichtliches Leben hielten, doch nur erst als Ideologie in ihrem eigenen klaren Erkennen und glühenden Wünschen existierte, eine Fata Morgana, in die Zeit hinausgespiegelt. Es ziemt den Sozialisten nicht, darüber zu klagen; sehen, was ist, und aussprechen, was ist, war noch jederzeit eine Quelle ihrer Kraft. Gerade aber darum wäre es gefährlich, wollten sie sich an all den neuen Illusionen berauschen, die in der schwülen Gewitterluft des Weltkrieges wie Pilze emporschießen. Und merkwürdig oder auch nicht – wie man's nimmt –, nach diesen neuen Illusionen haschen gerade die Hände jener Sozialisten am gierigsten, die in den Wettern und Flammen des Völkerkrieges nicht bloß alte Selbsttäuschungen verloren, sondern ihnen feierlich beschworene Grundsätze nachgeworfen haben.

Besonders liebevoll gehätschelt wird die Trugidee, daß der gegenwärtige furchtbare Krieg „der letzte seiner Art“ sei. Sie taucht gern auf, wo Sozialisten die tiefe Tragik empfinden, daß das Ideal der proletarischen Solidarität und Brüderlichkeit, von Granaten und Schrapnells verjagt, „fremde Herde sucht und stumm sich an die Asche setzt“. Es wird von ihr in süßen Tönen gesungen, wenn Kriegsleiden und Kriegsnöte die Leiber und Seelen der Menschen hart bedrängen, wenn die vielgestaltigen, aus den Zeitereignissen heraufgetriebenen



Widersprüche und Gegensätze Antwort und Lösung verlangen. Kurz, sie ist Zukunftsmusik, die das Gegenwärtig erträglich machen soll, ein unverfälschtes Seitenstück zur Hoffnung auf die ausgleichende Gerechtigkeit nach dem Tode.

Gewiß: Wir Sozialisten sind die letzten, die Zukunftsmusik bespötteln, nur müssen wir die festbegründete Überzeugung hegen können, daß sie eines Tages wirklich gespielt wird. Wie aber ist's mit dem Lied vom „letzten Krieg“? Scheint die Meinung berechtigt, daß der jetzige gewalttätige Streit der Staaten um Größe und Macht das Ende eines katastrophenreichen Entwicklungsabschnitts der Menschheitsgeschichte sei? Dürfen wir tatsächlich hoffen, daß der Donner seiner Schlachten das erste Salutschießen für den Weltfrieden ist, die Einleitung zum Zusammenwirken der Völker bei friedlicher Kulturarbeit? Wir vermögen diese trostreiche Auffassung der Dinge nicht zu teilen. Unserer Ansicht nach liegt ihr eine vollständige Verkennung der gesellschaftlichen Kräfte und Verhältnisse zugrunde, die in kapitalistischer Weltmachtspolitik und Weltkriegen ihren Ausdruck finden.

In der Weltmachtspolitik der Großstaaten mit fortgeschrittener kapitalistischer Entwicklung rebellieren die gesellschaftlichen Produktivkräfte wider die Schranken der nationalen Ausbeutungsmöglichkeit. Die Grenzen des einzelnen Landes sind zu eng geworden für das gewaltige Weben und Walten dieser Kräfte, das gebieterisch einen ausgedehnteren Spielraum verlangt. Der Kapitalismus, der einst als bedeutsamen historischen Fortschritt den Nationalstaat schuf, treibt nun in seiner weiteren Entwicklung über ihn hinaus. Er bedarf der umfassenderen Wirtschaftsgebiete der Nationalitätenstaaten, der Weltreiche. Wir müssen uns den Nachweis dafür versagen, weshalb die geschichtliche Entwicklung gegenwärtig über die blut- und tränenüberströmten Blach-

felder des Weltkrieges diesem Ziele zustrebt und nicht über die blumigen Wiesen des Weltfriedens.

Wenn wir jedoch den gegenwärtigen Krieg im Lichte der angedeuteten Zusammenhänge sehen, so ist eines klar. Seiner Wurzel, seinem Wesen nach ist es ausgeschlossen, daß seine eiserne Faust das Tor künftiger kriegerischer Auseinandersetzungen sperrt und dem Friedensengel die Steige bereitet. Umgekehrt: Er leitet eine Epoche schwerer, zäher Kämpfe um Weltmacht und Weltherrschaft zwischen den großen kapitalistischen Staaten ein. Tritt das im Verlauf des Krieges selbst nicht mit wachsender Deutlichkeit zutage? Der scheinbare Ausgangspunkt des Schlachtgetümmels entweicht in immer fernere Weiten, verschwindet in Dunst und Nebel; es verstummen die Losungen, die ihn hüben und drüben umhallen. Immer greifbarer, hartnäckiger, beherrschender schiebt sich dafür der Gegensatz zwischen Deutschland und Großbritannien in den Mittelpunkt der waffenklirrenden Auseinandersetzungen, der Gegensatz zwischen den beiden wirtschaftlich fortgeschrittensten Staaten der Erde, zwischen der altbefestigten Handels-, Industrie-, Kolonial- und Weltmacht, die kein Tütelchen ihres Gebiets und ihres Einflusses verlieren möchte, und dem jung emporstrebenden kraftvollen kapitalistischen Reich, das kolonialpolitisch „seinen Platz an der Sonne“ sucht.

Häufiger und unverblümter wird auch in der sozialdemokratischen Presse Deutschlands „die Zertrümmerung des englischen Weltreiches“ als das Hauptziel des tosenden Waffenganges der Völker bezeichnet. Wähnt man aber im Ernste wirklich, eine Weltmacht wie die Großbritanniens, die ihren Zusammenhalt und ihre Stärke aus weitausgebreiteten Wurzeln saugt, könne in einem Kriege von verhältnismäßig kurzer Dauer, könne in dem gegenwärtigen Kriege schon für immer überwunden und am Boden gehalten werden? Das



scheint uns unmöglich, sogar gesetzt den Fall, daß der Krieg für England mit einem Kolonialverlust und einer beträchtlichen Schwächung der Flotte, der Finanz- und Wirtschaftskraft enden würde. Selbst verkleinert wird sich der großbritannische Staat wirtschaftlich und politisch nur um so fester zusammenschließen und so erst aus einem Nebeneinander einzelner Gebiete zu einem eigentlichen Weltreich werden. Davon zu schweigen, daß eine Schwächung Englands die Macht Rußlands namentlich in Asien, aber auch in Europa stärkt.

Gegen eine naiv siegesberauschte Auffassung der Dinge spricht die Geschichte der Kolonialkriege des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts, spricht das Schicksal der napoleonischen Feldzüge, alles Weltkriege um Weltherrschaft, die, gemessen an der zwerghaften kapitalistischen Entwicklung ihrer Zeit, nicht minder weitgespannt und bedeutsam waren als der heutige blutige Zusammenstoß der Staaten. Unter Umständen wird Belgiens Schicksal – wie Elsaß-Lothringen beweist – eine Quelle der Unruhe im „neuen Europa“ sein, dessen Zukunftsgestaltung, noch ehe sie vollendete Tatsache ist, bereits den Appetit Italiens auf Erweiterung seiner Grenzen bedrohlich gereizt hat. Die durch den Krieg von 1914 gesteigerte Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und Japan eröffnet den Ausblick auf große Kämpfe um die Verteilung der Welt am Stillen Ozean.

Vergessen wir außerdem die Stärke der subjektiven, der menschlichen Kräfte nicht, die durch die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse geweckt und von ihr getragen werden, denen die kapitalistische Weltmachtspolitik Richtung und Ziel zu geben vermag. In allen Ländern mit weit gediehener kapitalistischer Entwicklung wird „das größere Vaterland“, wird Weltherrschaft als eine Notwendigkeit nicht nur von den einflußreichsten Gesellschaftsschichten angestrebt,



sondern von allen Bevölkerungsschichten empfunden, die auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung stehen und diesen Boden erhalten wollen. Außerdem haben die Ereignisse bewiesen, daß die Weltmachtpolitik international über Formeln verfügt und Schlagworte prägen kann, die zauberkräftig auch die proletarischen Massen ergreifen und fortreißen, ja, deren sozialistische Vorhut und viele ihrer Führer in einem ungeahnten Maße verwirren. Man täuscht sich an einem Gemisch von Wahrheit und Dichtung, wenn man „den Regierungen, die allein den Krieg wollten“, die Völker gegenüberstellt, die vom Friedenswillen durchdrungen waren. In allen kriegführenden Staaten konnte die Regierung nur zum Schwert greifen, weil trotz aller Friedenskundgebungen die sehr große Mehrzahl des Volkes sich so gut wie einheitlich um sie scharte.

Aus dem entbrannten Krieg selbst aber dürften höchstwahrscheinlich viele alles andere heraushören als Bertha von Suttners Mahnruf: „Die Waffen nieder!“ Massenstimmungen sind keine Rechenexempel nach Adam Riese; sie lassen sich nicht nach einem Schema F gradlinig aus den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zuständen eines Landes und einer Zeit allein ableiten, nicht nach der Größe der Opfer an Gut und Blut abschätzen, die gefordert werden, der Gewinne, die vielleicht winken. Der ungeheure, phantastische Kraftaufwand des gegenwärtigen Krieges schafft unstreitig – selbstverständlich auf historisch gegebener Grundlage – für die Massen aller Länder eine eigene Psychologie, in der die von der Vergangenheit vererbten Traditionen mit Bedürfnissen, harten Wirklichkeiten der Gegenwart und schillernden Zukunftshoffnungen zusammenfließen. Der Kampf der Staaten um Weltmacht entfesselt bei den einzelnen Menschen Instinkte, Wünsche, Leidenschaften, Energien, fordert geistige und sittliche Kräfte heraus, für deren freies und starkes Wirken die kapitalistische Ordnung in Zeiten friedlicher Entwicklung keinen Spielraum

gewährt, die sich nur in einer revolutionären Atmosphäre entfalten können. Wir mögen noch so unbeugsam die Ziele ablehnen, die solche subjektiven Mächte hervorlocken, die Losungen, denen diese gehorchen, und die Formen, in denen sie sich äußern: ihren Wert und ihre Bedeutung als Faktoren im politischen Leben dürfen wir nicht unterschätzen.

Dieser Krieg mit seinem unerhörten Umfang, den eigenartigen Bedingungen seiner Führung, seinen Anforderungen an die Kämpfer und die Daheimgebliebenen greift so bestimmend in das Leben der Massen ein, daß die von ihm erzeugte Stimmung kaum mit dem Friedensschluß verrauschen wird, auch wenn dieser die Völker bis zum Weißbluten erschöpft findet. Aus der vorhin angedeuteten wirtschaftlichen Entwicklung kann ihr reichliche Nahrung zuwachsen. Wir glauben daher nicht, daß auf den blutgedüngten Feldern der Weltkriege die weiße Lilie des Weltfriedens emporsprießt.

Stempelt diese Auffassung den sozialistischen Mahnruf zum baldigen und dauernden Frieden nicht zur Selbsttäuschung, ja, zur Farce? Mitnichten! Als Sozialisten erfassen wir das widerspruchsvolle Spiel der geschichtlichen Entwicklung. Neben den dinglichen und menschlichen Kräften, die zu künftigen Kriegen treiben, erblicken wir andere, die den Frieden vorbereiten. Jedoch ob die Kräfte des Friedens die kriegschwangeren Gewalten der kapitalistischen Weltmachtspolitik künftig zu hemmen und zu überwinden imstande sein werden, das hängt letzten Endes von der Reife ab, mit der die Arbeiterklasse aller Länder ihre ganze Stärke und Bedeutung für das Ideal der proletarischen Solidarität, der Völkerverbrüderung einsetzen wird. Nicht bloß national, nein, international geschart um das alte sozialistische Banner, aber den Geboten der neuen Taktik gehorchend, die aus veränderten geschichtlichen Bedingungen geboren werden. Diese Reife vorzubereiten – ohne trügerische Illusionen und ohne lähmenden Kleinmut,

klar in der Erkenntnis, fest im Willen, opferbereit im Tun –, das ist der Entschluß, mit dem die Sozialisten unter den Flammenzeichen des Weltkrieges über die Schwelle des neuen Jahres treten.

„Die Gleichheit“,  
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,  
Stuttgart, 9. Januar 1915.



---

## Der internationale sozialistische Frauentag

*Aus einem Artikel*

März 1915

Was ist der tiefste Gehalt des internationalen sozialistischen Frauentages? Ein Aufschrei der erwachten und erwachenden Frauen des arbeitenden Volkes nach der Freiheit, ungefesselt durch äußere Umstände ihr Menschen- und Weibtum in Harmonie entfalten zu können und für die Allgemeinheit zur tätigen, bereichernden Kraft werden zu lassen. Daher die Forderung gleichen, vollen politischen Rechtes als eines Mittels unter anderen Mitteln zum Zweck. Darum das andere Verlangen, das soviel weiter faßt und höher trägt als diese Forderung: das inbrünstige Verlangen nach der sozialistischen Ordnung, die allein das freie Menschentum für Weib wie Mann verbürgt. In der Rechtsforderung und dem hehren Ziel, dem sie dienen soll, finden sich die arbeitenden, die sozialistischen Frauen der ganzen Welt zusammen. Von dem Bewußtsein beseelt, in diesem Zeichen kämpfend zu siegen, nehmen sie etwas von dem Reiche voraus, das nicht von dieser kapitalistischen Welt ist: vom zukünftigen Reiche der Völkervereinigung und Menschheitsverbrüderung.

Das innerste Wesen unseres Frauentages aber offenbart sich im blutroten Schein des Weltkrieges in seiner ganzen strahlenden Schönheit und Größe. Denn es zwingt dazu mit einer unwiderstehlichen Macht, die von dem furchtbaren Geschehen der Zeit und dem unnennbaren Leid der Frauen darüber

genährt wird, neben die Rechtsforderung der Frauen, ja, noch über sie, ihre Friedensforderung zu stellen. In welchem Lande auch immer die Sozialistinnen dieses Jahr die mühseligen, beladenen Proletarierinnen im Namen des internationalen Sozialismus sammeln: Der Friedenswille prägt den Charakter der Kundgebungen. Überall wird der Frauentag eine Demonstration für den Frieden sein. Eine internationale Demonstration, trotz Völkerringen, Kriebsrecht und alledem! Was ändert es daran, daß zunächst nur in neutralen Ländern der verzehrende Friedenswille der Frauen in der Öffentlichkeit seine Stimme erhebt? Der Gedanke, die Sehnsucht ist frei, und die Tat kann frei werden, wenn ein Wille da ist. Auch die brutalsten Kriegszustände sind ohnmächtig zu verhindern, daß Hunderttausende proletarischer Frauen mit glühender Seele in einem Wissen und Wollen dabei sind, wenn die Genossinnen in neutralen Ländern politisches Recht und das Ende des brudermörderischen Waffenganges der Völker heischen. Die Not wird sie beten lehren, wie wir es verstehen.

An dem Frauentag muß sich in allen Ländern der Wille der Proletarierinnen entzünden und stärken, für den Frieden zu kämpfen. Dieser Kampf ist die große geschichtliche Tat, mit der die Frauen in unseren Tagen ihre politische Reife und ihren Anspruch auf politisches Recht erhärten können. Beweisen wir, daß die große Stunde kein kleines Geschlecht findet. Nicht das Lippenbekenntnis, nur das Leben und Handeln adelt und erhebt.

Es ist ein Trost und eine Hoffnung, daß in dem rasenden Ungewitter des Krieges der schüchterne Schimmer des Frauentages die Arbeitenden und Rechtlosen international geeint zeigt. Mahnt er uns nicht daran, daß dieses Ungewitter gewesen ist, sobald die Völker wollen? Mit dem schüchternen Schimmer des Frauentages grüßt uns eine andere, höhere Welt, das große

---

sozialistische Friedensreich, das allein als Werk der gesammelten Kraft der Proletarier aller Länder erstehen kann und in dem unsere Träume von Menschenrecht und Menschen-erhebung wandelnd gehen.

„Die Gleichheit“,  
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,  
Stuttgart, 19. März 1915.



---

## Frauen des arbeitenden Volkes!

März 1915

Wo sind eure Männer?

Wo sind eure Söhne?

Seit acht Monaten stehen sie draußen im Feld. Sie sind ihrer Arbeit, ihrem Heim entrissen: Jünglinge, die Stütze und Hoffnung ihrer Eltern, Männer in der Blüte ihrer Jahre, Männer mit ergrauendem Haar, die Ernährer ihrer Familien. Sie alle tragen den bunten Rock, hausen in den Schützengräben, sind kommandiert zu vernichten, was fleißige Arbeit aufgebaut hat.

Millionen ruhen bereits in den Massengräbern, Hunderttausende und aber Hunderttausende liegen in den Lazaretten mit zerfetzten Leibern, mit zerschmetterten Gliedern, mit erblindeten Augen und zerstörtem Hirn, gepackt von Seuchen oder niedergeworfen von Erschöpfung.

Verbrannte Dörfer und Städte, zertrümmerte Brücken, vernichtete Wälder und zerwühlte Äcker sind die Spuren ihrer Taten.

Proletarierfrauen!

Man hat euch gesagt, eure Männer und Söhne seien hinausgezogen, euch, die schwachen Frauen, eure Kinder, euer Haus und euren Herd zu schützen.

Wie ist die Wirklichkeit?

Auf den Schultern der schwachen Frauen ist doppelte Last gehäuft. Schutzlos seid ihr dem Kummer und der Not überantwortet. Eure Kinder hungern und frieren, das Dach über eurem Kopf droht man euch zu nehmen, euer Herd ist kalt und leer.

Man hat euch geredet von der einen großen Brüder- und Schwesternschaft zwischen hoch und niedrig, von dem Burgfrieden zwischen arm und reich. Nun, der Burgfriede zeigt sich darin, daß der Unternehmer eure Löhne drückt, der Händler und gewissenlose Spekulant die Preise steigert, der Hauswirt euch auf die Straßen zu setzen droht. Der Staat hat karge Hand, die bürgerliche Wohltätigkeit kocht Bettelsuppen und empfiehlt euch zu sparen.

Was ist der Zweck dieses Krieges, der euch so furchtbare Leiden bringt?

Man sagt: das Wohl, die Verteidigung des Vaterlandes.

Was ist das Wohl des Vaterlandes?

Sollte es nicht das Wohl vieler Millionen bedeuten, der Millionen, die der Krieg zu Leichen, zu Krüppeln, zu Arbeitslosen und zu Bettlern, zu Witwen und zu Waisen macht?

Wer gefährdet das Wohl des Vaterlandes? Sind es jene Männer, die jenseits der Grenze in anderer Uniform stehen, die so wenig wie eure Männer den Krieg gewollt haben noch wissen, weshalb sie ihre Brüder morden sollen? Nein! Gefährdet ist das Vaterland durch alle, die aus der Not der breiten Massen Reichtum schöpfen und ihre Herrschaft auf der Unterdrückung aufbauen.

Wem nützt der Krieg?

Nur einer kleinen Minderheit in jeder Nation.

Den Fabrikanten von Flinten und Kanonen, von Panzerplatten und Torpedobooten, den Werftbesitzern und den Lieferanten des Heeresbedarfs. Im Interesse ihres Profits haben sie den Haß unter den Völkern geschürt und so zum Ausbruch

des Krieges beigetragen. Der Krieg nützt den Kapitalisten überhaupt. Hat nicht die Arbeit der Enterbten und der ausgebeuteten Massen Waren aufgehäuft, die jene nicht verbrauchen dürfen, die sie erzeugten? Sie sind ja arm, sie können nicht dafür zahlen! Arbeiterschweiß hat diese Waren geschaffen, Arbeiterblut soll ihnen neue Absatzmärkte im Ausland erkämpfen. Kolonialländer sollen erobert werden, wo die Kapitalisten die Schätze des Bodens rauben und billigste Arbeitskräfte ausbeuten.

Nicht die Verteidigung des Vaterlandes, seine Vergrößerung ist der Zweck dieses Krieges. So will es die kapitalistische Ordnung, denn ohne die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen kann sie nicht bestehen.

Die Arbeiter haben durch diesen Krieg nichts zu gewinnen, wohl aber alles zu verlieren, was ihnen lieb und teuer ist.

### Arbeiterfrauen, Arbeiterinnen!

Die Männer der kriegführenden Länder sind zum Schweigen gebracht worden. Der Krieg hat ihr Bewußtsein getrübt, ihren Willen gelähmt, ihr ganzes Wesen entstellt.

Aber ihr Frauen, die ihr neben der nagenden Sorge um eure Lieben im Felde daheim Not und Elend ertragt, worauf wartet ihr noch, um euren Willen zum Frieden, euren Protest gegen den Krieg zu erheben?

Was schreckt ihr zurück?

Bisher habt ihr für eure Lieben geduldet, nun gilt es für eure Männer, für eure Söhne zu handeln.

Genug des Mordens!

Dieser Ruf erschallt in allen Sprachen. Millionen von proletarischen Frauen erheben ihn. Er findet Widerhall in den Schützengraben, wo das Gewissen der Volkssöhne sich gegen das Morden empört.



## Frauen des werktätigen Volkes!

In diesen schweren Tagen haben sich Sozialistinnen aus Deutschland, England, Frankreich und Rußland zusammengefunden. Eure Nöte, eure Leiden haben ihre Herzen bewegt. Um eurer und eurer Lieben Zukunft willen rufen sie euch zum Friedenswerke auf. Wie über die Schlachtfelder hinweg sich ihr Wille zusammenfand, so müßt auch ihr euch aus allen Ländern zusammenschließen, um den einen Ruf zu erheben: Friede! Friede!

Der Weltkrieg hat euch das größte Opfer auferlegt! Die Söhne, die ihr in Schmerz und Leid geboren, unter Müh und Sorgen erzogen, die Männer, die eure Gefährten im harten Lebenskampfe sind, raubt er euch. Im Vergleich mit diesen Opfern sind alle andern klein und nichtig.

Die ganze Menschheit blickt auf euch, ihr Proletarierinnen der kriegführenden Länder. Ihr sollt die Heldinnen, ihr sollt die Erlöserinnen werden!

Vereinigt euch in einem Willen, in einer Tat!

Was eure Männer, eure Söhne noch nicht beteuern können, verkündet ihr es millionenfach:

Das Volk der Arbeit aller Länder ist ein Volk von Brüdern. Nur der einige Wille dieses Volkes kann dem Morden Einhalt gebieten.

Der Sozialismus allein ist der künftige Menschheitsfriede.

Nieder mit dem Kapitalismus, der dem Reichtum und der Macht der Besitzenden Hekatomben von Menschen opfert!

Nieder mit dem Kriege! Durch zum Sozialismus!

Bern, im März 1915.

*Die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz, an der teilgenommen haben Genossinnen aus Deutschland, Frankreich, England, Rußland, Polen, Italien, Holland und der Schweiz*

„Berner Tagwacht“ vom 3. April 1915.

---

## Für den Frieden

April 1915

Ängste, quäle  
Dich nicht länger, meine Seele!  
Freu dich! schon sind da und dorten  
Morgenglocken wach geworden.

E. Mörike

Während draußen brüllende Geschütze künden, daß der Imperialismus die Proletarier der kriegführenden Staaten in seinen Dienst genommen und damit über den internationalen Sozialismus triumphiert hat; während das Echo dieses Siegesdonners uns entgegenklingt aus den verwirrten und verwirrenden Reden sozialistischer Führer und den nicht besseren Artikeln von Arbeiterblättern im In- und Ausland; während der von den chauvinistischen Phrasen verstörte Sinn großer Arbeitermassen noch zwischen Zweifeln hin- und herwühlt; beginnt ein neuer Tag mit seinen Hoffnungen und Aufgaben für jene heraufzudämmern, die durch die Finsternis das Banner der sozialistischen Grundsätze unbeirrt weitergetragen haben. Aus mancherlei Geschehen haucht uns die erquickende, tröstliche Frühstimmung an, die der einzige Mörike in schlichte Worte gebannt hat, deren geheimnisvollen Zauber uns Hugo Wolfs Tonkunst ganz empfinden läßt. Morgenglocken sind wach geworden! Morgenglocken, die wohl leise, aber bestimmt davon reden, daß die Arbeiter der kriegführenden

Länder sich inmitten des imperialistischen Rausches wieder auf ihre eigenen Klasseninteressen und ihre große geschichtliche Mission zu besinnen anfangen. Denn dies und nichts anderes ist der Sinn der sich mehrenden Kundgebungen für die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder und für einen Frieden, der den sozialistischen Grundsätzen entspricht.

Wenn wir in diesem Zusammenhang zuerst auf die Beschlüsse der Rumpfkonzferenz skandinavischer und holländischer Sozialisten zu Kopenhagen verweisen, so wollen wir damit keineswegs eine überragende Wichtigkeit dieser Veranstaltung andeuten. Gegen eine solche spricht noch mehr, daß die Konferenz nur sozialistische Vertreter einiger weniger neutraler Staaten vereinigt, als ein anderer Umstand. Sie war angesichts der Zeit und ihrer Anforderungen viel mehr Führertagung für fromme Wünsche altsozialistischen Kongreßstils als der Ausdruck eines bewußten proletarischen Massenwillens, der zur Tat drängt. Weittragende Bedeutung könnte die Konferenz erst erlangen, wenn ihr Werk dazu beitragen würde, einen solchen auf den Frieden gerichteten Massenwillen sowohl in den neutralen, als namentlich auch in den kriegführenden Ländern zu erwecken. Das hat sie selbst in der Resolution anerkannt, in der das Resultat der Beratungen zusammengefaßt ist. Dieser fruchtbaren Wirkung steht jedoch im Wege, daß die Tagung die Haltung der sozialistischen Parteien in den kriegführenden Ländern nicht kritisch gewürdigt und dadurch die Arbeiter nicht an das gemahnt hat, was für eine unterdrückte, kämpfende Klasse eine alte politische Notwendigkeit ist: über ihre Konsuln zu wachen und kühn die Initiative zu ergreifen, wenn diese unsicher zaudern.

Immerhin ist die Konferenz in ihrer Stellungnahme sozialistischer und charaktvoller gewesen, als die Berichte der deutschen Parteiblätter sie erscheinen ließen. So protestierte



sie zum Beispiel gegen die Verletzung des Völkerrechts, deren Deutschland sich wider das unglückliche Belgien schuldig gemacht hat, und fordert von der Sozialdemokratie der kriegsführenden Länder energischen Widerstand gegen jede gewaltsame Annexion. Für Sozialisten sind das bescheidene Selbstverständlichkeiten, die jetzt vor den breitesten Massen mit unbeugsamer Entschiedenheit auszusprechen und von diesen Massen aussprechen zu lassen die deutsche Sozialdemokratie immer noch nicht als eine Pflicht des Augenblicks erkannt hat. Die schwächlichen und dehnbaren Erklärungen der Reichstagsfraktion vom 4. August und 2. Dezember vorigen Jahres sind um so ungenügender, als bekanntlich manche politischen und gewerkschaftlichen Führer und Blätter im schroffsten Widerspruch dazu reden und schreiben.

Die größte Wichtigkeit kommt unstreitig allen Erscheinungen zu, in denen sich ein erstes bewußtes Aufbäumen der Sozialisten, der Proletarier Frankreichs dagegen verrät, daß die Anforderungen des imperialistischen Weltkrieges noch länger die geschichtlichen Gebote des proletarischen Klassenkampfes außer Kraft setzen sollen. Sie stehen in schärfstem Gegensatz zu der ultranationalistischen Haltung der sozialistischen Partei und müssen als einsetzender elementarer Protest aus den Tiefen des werktätigen Volkes selbst eingeschätzt werden. Es wird der Ruhm der Parteiföderation des Ain-Departements, ihres Organs „l'Eclaireur de l'Ain“ und ihres tapferen Sekretärs Nicot bleiben, den Grundsätzen der Sozialistischen Internationale zuerst wieder öffentlich Gehör und Stimme gegeben zu haben, während der Lärm des imperialistischen Hexensabbats das Klassenbewußtsein der französischen Proletarier übertäubte und sogar den bewährtesten ihrer Führer den Sinn für die historische Wirklichkeit völlig trübte. Wie Scheidewasser lösten diese Grundsätze alle gleißenden Ideologien auf, in denen sich in der Gluthitze des Weltkrieges bürgerliche und

sozialistische Auffassungen wunderlich verschmolzen haben. Sie proklamieren, an ihnen die Ereignisse und ihre Konsequenzen messen, liefe darauf hinaus, die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder in ihren rechtmäßigen Platz hoch und gebieterisch über die angebliche nationale Zusammengehörigkeit aller Klassen wieder einzusetzen und die schleunige Beendigung des proletarischen Brudermordes zu fordern. Es war gleichbedeutend damit, die Unterstützung des imperialistischen Weltkrieges durch Sozialisten zu verurteilen – ganz gleich in welchem Land sie erfolgte und in welche „Erklärung“ sie eingewickelt werden mochte – und mit dem allen in Opposition zur Politik der sozialistischen Partei des eigenen Landes zu treten.

Ähnliche Stimmungen und Strömungen wie in der politischen Einflußsphäre der Parteiorganisation des Departements Ain und später darüber hinaus sind auch in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Frankreichs an die Oberfläche gekommen. Merrheim, der Führer der Metallarbeitergewerkschaft, darf namentlich als ihr eifriger und mutiger Verfechter genannt werden. Und daß wir die Stärke und Bedeutung dieser Gärung, Selbstverständigung und Sammlung der Geister nicht unterschätzen dürfen, das erhärten zwei Dokumente. Die „Humanité“ vom 2. Februar veröffentlichte einen Aufruf, in dem sich die Confédération Générale du Travail – die Generalkommission der französischen Gewerkschaften – an die ihr angeschlossenen zentralisierten Verbände und an die Arbeiterinternationale wendet. Sicherlich kann man vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus aus manche Gedanken und Forderungen des Manifestes als unklar und illusiongetränkt kritisieren, während es in der Sache selbst noch nicht weit genug geht.

Allein, vergessen wir nicht über den Schwächen der Kundgebung ihre Bedeutung als hoffnungsreiches Anzeichen einer



Einkehr und Umkehr. Hier haben wir ein Bewußtsein von der Solidarität der Proletarier aller Nationalitäten vor uns, das nicht wie ein Tier auf dürrer Heide im Kreise zwischen den bürgerlichen Ideen von „patriotischer Pflicht“ und „Vaterlandsverrat“ umherirrt. Es geht geradeaus seinen Weg. Die *Confédération Générale du Travail*, „gegen deren Willen und Aktion“ der furchtbare Kriegssturm entfesselt wurde, erklärt, daß sie sich unerschütterlich mit der Sache der Arbeiterinternationale verbunden fühlt. Der Krieg bleibt für sie das entsetzlichste der sozialen Verbrechen. Stets hat sie ihre Propaganda und ihre Aktion gegen den niedrigen Nationalismus gekehrt, gegen den eroberungsgierigen Militarismus wie gegen die Rückkehr zu vergangenen Staatsformen. Ihre Anträge auf internationalen sozialistischen Kongressen seit 1905 beweisen, daß sie sich über die Notwendigkeit klar war, die Arbeiterinternationale zu einheitlichem Handeln gegen die gemeinsame Gefahr zusammenzufassen. Die Ereignisse haben diese ihre Auffassung bestätigt.

Selbstverständlich konnte das Manifest nicht stumm und verlogen daran vorübergehen, daß Belgiens Boden fast bis zum letzten Zoll von feindlichen Kriegsheeren besetzt ist, daß viele französische Departements das gleiche harte Los teilen. Jedoch klingen in ihm nicht die leisesten Revanchetöne an, Elsaß-Lothringen wird nicht einmal erwähnt. Und wie stellt sich der französische Aufruf zu dem vorgeblichen Interesse der Arbeiter an einem „größeren, stärkeren Vaterland“, zu dessen Eroberung mancher Führer der deutschen Arbeiterbewegung in Maurenbrechers und Hildenbrands Spuren jetzt mit Federkiel oder Maultrommel auszieht? Er versichert: „Wir haben zu oft gegen die Kolonialexpedition protestiert, als daß wir heute die tiefen Gründe unseres Protestes vergessen könnten.“ Und an anderer Stelle: „Die wesentlichste Bedingung des sozialen Fortschritts bildet die Unverletzlich-



keit, die Unabhängigkeit der Völker.“ Das Ideal zukünftiger Freiheit für alle „heißt jeden Gedanken einer Hegemonie verbannen, heißt die Harmonie aller Menschen fordern auf der Grundlage der Gleichheit aller Völker“. Die Confédération Générale du Travail wünscht den Frieden „so nah wie möglich“ und darüber hinaus das Einsetzen der proletarischen Kampfkraft für das Ziel, „diesen Krieg zum letzten der Kriege zu machen“. Sie ist von Herzen mit denen, die für dieses Werk eintreten, und erwartet seine Verwirklichung von „der direkten Auflehnung der in der Arbeiterinternationale organisierten und handelnden Kräfte“. Die Arbeiterklasse aller Länder muß nach ihr die bindende Verpflichtung übernehmen, in diesem Sinne zu wirken.

Unzweideutig, bestimmt wendet sich das proletarische Bewußtsein in der zweiten Kundgebung aus Gewerkschaftskreisen gegen den Krieg und seine Fortdauer. Das ist eine Erklärung, die vom Vorstand des Gewerkschaftskartells des Rhone-Departements einstimmig angenommen und dann als Flugblatt verbreitet wurde. Dieses Gewerkschaftskartell ist neben der Föderation für das Seine-Departement die stärkste Bezirksorganisation des französischen Proletariats, und der Erklärung sind sofort beigetreten: die Zentralleitung des Verbandes der Nahrungsmittelarbeiter mit dem Sitz in Paris sowie die Föderation der sozialistischen Parteigruppe des Ain-Departements. Das Flugblatt hat mithin ebenfalls größere Proletariermassen erfaßt. Es enthält folgende kennzeichnenden Ausführungen: „Ohne nach den Ursachen des gegenwärtigen Konflikts in den diplomatischen Intrigen zu forschen, die sich während der letzten Jahre im geheimen abgespielt haben, erinnert das Gewerkschaftskartell des Rhone-Departements daran, daß das internationale Proletariat zwar unter dem Krieg leidet, daß es aber nie und nimmer eine Verantwortung dafür übernehmen kann, denn alle seine Bestrebungen waren stets

gegen den Kampf mit Waffengewalt unter den Völkern gerichtet. . . Der heiße Wunsch der Arbeiter und ihrer Familien ist auf einen raschen wohlthätigen Frieden gerichtet, der endlich den furchtbarsten Schlächtereien ein Ende bereite, die die Menschheitsgeschichte zu verzeichnen hat. Jeder weitere Tag des Krieges bedeutet Tausende von Leichen braver und nützlicher Arbeiter, bedeutet, daß Tausende von Witwen und Waisen geschaffen werden, die ohne Lebensunterhalt sind. Das Gewerkschaftskartell des Rhone-Departements stellt über Erwägungen nebensächlicher Natur das allgemein menschliche Interesse und bekennt sich laut zu den Grundsätzen, die immer in der Arbeiterinternationale fortleben werden. Es erklärt daher, sich jeder aufrichtigen Aktion anzuschließen, die darauf abzielt, binnen kurzem einen ehrlichen und endgültigen Frieden herbeizuführen. Krieg dem Kriege! Es lebe die Arbeiterinternationale.“ Auch in diesem Schriftstück wird man vergebens nach der kleinsten Silbe spähen, die als Zugeständnis an eine engbrüstige nationalistische Gesinnung gedeutet werden könnte. Sowohl in dem, was es sagt, wie in dem, was es nicht sagt, bedeutet es die nackte Rebellion gegen die Illusionen und Losungen der sozialistischen Parlamentarier und Arbeiterführer, die das Proletariat vor den Wagen des kapitalistischen Imperialismus spannen.

Als Dritte im Bunde haben es mutige Pariser Genossinnen gewagt, im Namen der internationalen Solidarität der Proletarier zu handeln und die sozialistischen Friedensforderungen vor die Öffentlichkeit zu tragen. Ungefähr zur gleichen Zeit wie die beiden Gewerkschaftsvertretungen, ja, allem Anschein nach noch vor ihnen, haben Genossinnen in Paris als Flugblatt den Aufruf verbreitet, worin die Internationale Sekretärin der Sozialistinnen aller Länder an ihre vornehmste Aufgabe der Stunde mahnt, unbekümmert um „echt vaterländische“ Verdächtigungen und ungeschreckt durch Schwierig-



keiten und Gefahren kühn im Kampf für den Frieden voranzugehen. Sie haben es als Ehrenpflicht der französischen Frauen bezeichnet, im Sinne des Aufrufs zu wirken, der durch die Veröffentlichung in der sozialistischen Presse weiteste Verbreitung erhalten sollte. Die Zensur des „Burgfriedens“ hat – wie in Deutschland – das zum Teil verhindert. Sie verbot den Aufruf in „l’Eclaireur de l’Ain“, dagegen konnte er im „Populaire du Centre“ erscheinen, und daß er die Seelen berührt hat, beweist die Einsendung einer Proletarierin mit der banger Frage: Was können wir schwachen, armen Frauen tun, damit dem entsetzlichen Völkermorden endlich ein Ziel gesetzt werde? Das alles, obgleich die Behörden jede Friedenspropaganda aufs strengste verboten haben – sogar das Gebet des Papstes für den Frieden! – und obgleich – schlimmer noch – patriotisch verblendete Sozialisten jeden Gedanken, jedes Wort von Frieden als ein „Verbrechen gegen das Vaterland“ brandmarken.

Freilich: Wir sehen die Mienen und Handbewegungen selbstgerechter Überlegenheit, mit denen die Lobsänger der alleinseligmachenden großen Mitgliederzahlen und reichen Kassen die angeführten Zeugnisse verächtlich beiseite schieben. Die französischen Gewerkschaften sind schwach, schlecht organisiert und arm, und die sozialistischen Frauen in Paris? Du lieber Himmel, reden wir lieber nicht von diesem winzigen Häuflein Einflußloser! Es fällt uns nicht ein, die Schwächen und Mängel der Gewerkschaften und der sozialistischen Frauengruppen in Frankreich zu verschweigen; wir leugnen keineswegs die große Bedeutung, die auf allen Gebieten starke, stramme Organisationen mit wohlgefüllten Kassen haben können. Jedoch, wir wissen auch aus der Geschichte Frankreichs und seiner Arbeiterbewegung, daß dort bis heute die Organisation – wie die Deutschen sie verstehen – nicht die wichtigste Voraussetzung dafür gewesen ist, daß die arbeitenden Massen aktiv auftreten und alle in ihnen schlummern-



den Kräfte und Leidenschaften für das historische Geschehen einsetzen. Außerdem bekennen wir uns offen zu dieser „Ketzerrei“: Die organisationstechnische Überlegenheit der Arbeitervereinigungen allein tut es nicht, sie bleibt „Wasser“ und wird nicht zum heiligenden geschichtlichen Sakrament, wenn der zielklare Geist und der tatbereite Wille fehlen. Von diesem Geist beseelt, von diesem Willen gelenkt, vermögen gewiß mächtige Organisationen Gewaltiges zu vollbringen; ohne diesen Geist und Willen können sie jedoch zu gefährlichen Fesseln der proletarischen Energie und Aktionsfähigkeit werden. In den Tagen der babylonischen Sprachverwirrung, die der gegenwärtige Weltkrieg unter den internationalen Proletariern angerichtet hat, schätzen wir das vom Wesen des Sozialismus beherrschte Handeln kleiner Vereinigungen höher als den mustergültigen Stand und die glänzendsten Finanzleistungen kräftiger Organisationen, die untätig zusehen oder gar begünstigen, daß unter der trügerischen Parole „Das Vaterland in Gefahr“ das Proletariat als Helote ausschließlich für die Politik seiner Herren und Ausbeuter aufgeopfert wird.

Trotz allem, was man an den sozialistischen Solidaritäts- und Friedenskundgebungen aus Frankreich herummäkeln mag, erblicken wir gerade in ihnen die beachtenswertesten Anzeichen dafür, daß das Proletariat in den kriegführenden Ländern beginnt, den nationalistischen Taumel abzuschütteln und sich wieder um die Fahne des Klassenkampfes zu sammeln. In Frankreich ist der Patriotismus der Arbeiter mit den revolutionären Überlieferungen des Landes verwachsen. Er saugt seine Kraft aus dem geschichtlichen Glanz der großen Revolution; aus der Erinnerung an die Kriege, in denen ihr Werk gegen die Koalition der Monarchen von ganz Europa geschützt werden mußte und die französische Bourgeoisie im Frühlingssturm ihrer jungen Herrschaft davon träumen konnte, mit den Fahnen der Republik die Freiheit über die Welt zu

tragen; aus der Tatsache, daß „das Krähen des gallischen Hahnes“ 1830 und 1848 die Völker auf dem europäischen Kontinent aus dem politischen Schlaf wachrief; aus der Rolle, die Paris hier als glutvoller Feuerherd für die politischen Revolutionen des Bürgertums und die ersten Schilderhebungen des Proletariats gespielt hat. Schließlich mußte ihm der Deutsch-Französische Krieg neue Nahrung zuführen, als er nach dem 2. September zu einem nationalen Verteidigungskampf für die Existenz der Republik wurde, der in der heldenmütigen Pariser Kommune seinen Höhepunkt erreichte. Vergessen wir außerdem nicht die gegenwärtige Lage Frankreichs. Es hat das Schicksal des stammverwandten Belgiens vor Augen, und ein beträchtlicher Teil des eigenen Heimatbodens ist vom Feinde besetzt, darunter die industriell fortgeschrittensten Bezirke. So gehört augenblicklich in Frankreich eine unerschütterliche Überzeugungstreue, ein hoher moralischer Mut dazu, sich all dem „vaterländischen“ Rufen vom notwendigen „Durchhalten“ entgegenzuwerfen und im Namen der internationalen proletarischen Solidarität den Frieden zu fordern. So offenbart sich aber auch in solchem Entgegenwerfen die elementare Kraft des proletarischen Klasseninteresses und Klassenbewußtseins, eine Kraft, die schließlich glühender Lava gleich durch die Kruste bürgerlich-nationalistischer Gedankengänge und Schlagworte bricht und die Argumentationen der mit der Regierung verbündeten Sozialisten wie totes Geröll beiseite schiebt. Das ist eine wohltuende Lehre von der unbezwinglichen Macht der objektiven geschichtlichen Faktoren, vereinigt mit dem bewußten Willen der Menschen. Sie sagt den Proletariern aller Länder: Glaubt und handelt! Bleibt stark in der Überzeugung und seid kühn zur Tat!

Ungeachtet einer leidenschaftlichen jingoistischen<sup>1</sup> Agita-

<sup>1</sup> Jingoism (engl.) – in England gebräuchliche Bezeichnung für Chauvinismus.  
*Die Red.*



tion sind in England die Morgenglocken starken internationalen Solidaritätsbewußtseins und Friedenswillens nie verstummt. Ihr Geläut tönte und tönt auch aus nichtproletarischen Kreisen. Die bürgerliche Friedens- und Frauenstimmrechtsbewegung hat unstreitig den Sinn für die internationalen Zusammenhänge der Kulturentwicklung geschärft und kraftvolle Persönlichkeiten gesammelt und erzogen, die unbeirrt um das Geschrei der Stunde die Ereignisse vorurteilsfrei betrachten und nach dem Gebot ihrer Überzeugung handeln. Andererseits ist es eine traurige Tatsache, daß auch in England nicht nur breite ungeschulte proletarische Massen der imperialistischen Raserei verfallen sind, sondern ebenfalls große Teile ihrer gewerkschaftlichen und politisch organisierten Vorhut, angesehene Führer voran. Inmitten des nationalistischen Tobens und Angesicht zu Angesicht mit dem Zusammenbruch der Internationale, wie er die unvermeidliche Folge vom Versagen der Sozialdemokratie in Österreich, Deutschland und Frankreich sein mußte, harrt jedoch die Independent Labour Party<sup>[66]</sup> als treue Vorkämpferin der proletarischen Brüderlichkeit und des Friedens tapfer aus. Und die Independent Labour Party ist nicht etwa „die kleinste der sozialistischen Gruppen in England“, wie Genosse Scheidemann behauptet hat. Sie weist vielmehr mit ihren gegen 60000 Anhängern die größte Mitgliederzahl von allen sozialistischen Fraktionen Großbritanniens auf und übt innerhalb der Arbeiterbewegung des Landes einen Einfluß aus, der ihre numerische Stärke bei weitem übertrifft, weil die Independent Labour Party die Mehrzahl der fortgeschrittensten Führenden, der Agitatoren und Organisatoren des Proletariats zusammenfaßt. Die Independent Labour Party war die treibende Kraft der großartigen Friedensdemonstrationen, die die Arbeiterpartei am Vorabend des Krieges veranstaltete. Sie hielt auch dann an ihrer Friedenspolitik fest, als die parlamentarische Ver-



tretung der Gewerkschaften unter dem aufreizenden Eindruck der verletzten Neutralität Belgiens ihren Widerstand gegen den Krieg aufgab. Genosse Ramsay Macdonald, ihr einflußreichster Führer, legte sein Amt als Fraktionsvorsitzender der Arbeiterpartei nieder, als deren Mehrheit seinen Antrag ablehnte, im Unterhaus die Protestresolution ihres Vorstandes gegen den Krieg verlesen zu dürfen. In ihr heißt es: „daß die Arbeiterbewegung noch einmal die Tatsache betont, daß sie die Politik bekämpft hat, die den Krieg verursachte, und daß es jetzt ihre Pflicht ist, so schnell wie möglich einen Frieden zu sichern unter Bedingungen, die die besten Möglichkeiten für die Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Arbeitern Europas schaffen“. Der Independent Labour Party gehören die vier Genossen an – Ramsay Macdonald, Keir Hardie, Jowett und Richardson –, die als einzige Mitglieder der parlamentarischen Arbeiterpartei gegen die Beteiligung an der Rekrutenwerbungskampagne energischen Widerspruch erhoben. Ein Zeugnis unerschütterten Bekennermuts zu den Idealen des internationalen Sozialismus ist das Manifest, worin die Partei sich nach Kriegsausbruch an die Arbeiter aller Länder wendete und insbesondere von den deutschen Arbeitern und Sozialisten feierlich erklärte: „Sie sind nicht unsere Feinde, sondern unsere Freunde!“

Seither hat die Independent Labour Party ihr bestes Herzblut an den Kampf gegen den Imperialismus und für den Frieden gesetzt. Ihr Organ, der „Labour Leader“, Meetings und andere Veranstaltungen sind glänzende Bestätigungen dafür. Nicht einzelne „Quertreiber“ sind es, die wider die „selbstverständliche vaterländische Pflicht der nationalen Sicherheit und Machtbehauptung“ meutern. Geradezu ausnahmslos beweisen die Generalversammlungen und Konferenzen in den einzelnen Orten und Bezirken, daß die erdrückende Mehrheit der Partei geschlossen hinter dieser Politik steht.

Die Independent Labour Party bekräftigt, daß Sozialismus und Imperialismus Todfeinde sind, daß den Frieden wollen für die Arbeiterklasse nichts anderes bedeuten kann, als den Imperialismus leidenschaftlich und zäh bekämpfen. Sie hat begriffen, daß der Kampf des internationalen Proletariats gegen den gemeinsamen Feind auf nationaler Grundlage geführt werden muß, daß mithin die Arbeiterklasse jedes einzelnen Landes den Imperialismus ihrer ausbeutenden Klassen und ihrer Regierung niederzuringen hat. Deshalb berauscht sie sich nicht an billigen Brandmarkungen des Imperialismus als einer internationalen Erscheinung und der imperialistischen Politik der nichtenglischen Staaten. Sie richtet ihre Angriffe geradeaus auf das Herz des Feindes, indem sie sonder Scheu und Zagen vor der Verdächtigung „der Vaterlandslosigkeit“ und „des Vaterlandsverrats“ den Imperialismus und die Sünden der Regierung Großbritanniens mit der gleichen Schonungslosigkeit den Massen enthüllt wie vor dem Kriege. Die muster-gültige Haltung der Independent Labour Party ist sachlich eine bittere Kritik an der Gedanken- und Würdelosigkeit jener sozialistischen Parteien, die unter dem Geschützdonner des Weltkrieges und im Zeichen des Burgfriedens heute anbeten, was sie noch gestern verbrannt haben: die arbeiterfeindliche imperialistische Politik ihrer Regierung, die mit der gleichen Fingerfertigkeit heute verbrennen, was sie gestern angebetet haben: die sozialistischen Grundsätze und Ideale. Mögen die größeren politischen Freiheiten des „niedrigen, gierigen Krämervolks“ den Kampf der Independent Labour Party etwas erleichtern, so bleibt er doch in den Tagen der entfesselten jingoistischen Leidenschaften und des Streichens der sozialistischen Fahne in anderen kriegführenden Ländern nicht weniger ehrenvoll und verdienstlich, eines der erhebensten Kapitel in der Geschichte des internationalen proletarischen Befreiungsringens.



Morgenglockenklang wird uns aus dem Osten zugetragen, wo das junge Proletariat als erstes im Jahrhundert bereits 1905 zum Freiheitssturm läutete. Die russische Sozialdemokratie hat sich mit ihrem entschiedenen und wiederholten Nein gegen die Kriegskreditforderungen in der „echt vaterländischen“ Duma, Auge in Auge mit aller Gewalt des Zarismus, einen unverwelklichen Lorbeer gepflückt, und die konsequent sozialistische Haltung ihrer Organe wie der weitaus meisten ihrer Führer ist nicht weniger bewundernswürdig. Das hat die Stellungnahme zur Londoner Konferenz der Entente-Sozialisten neuerlich bekräftigt. Aber handelt es sich bei dem allen nicht bloß um politische Donquichotterien kleiner Grüppchen von „Doktoren der Resolution“, die ohne rechte Berührung mit den arbeitenden Massen, ohne Einfluß auf sie, sich den Luxus einer grundsätzlichen Politik der Unwirklichkeiten gestatten können? Sogar für jene, die die Geschichte der russischen Sozialdemokratie nicht kennen, muß gegen diese herabwürdigende Einschätzung schon allein die eine Tatsache sprechen, daß es in der siebenmal reaktionär gesiebten Duma eine sozialdemokratische Fraktion gibt, die parlamentarische Vertretung von Arbeitern, die nur im zähen Kampf mit den Schergen des Zarismus und den Bütteln des Kapitalismus ihre kümmerlichen politischen Rechte auszuüben vermag. Doch davon abgesehen, liegt ein hochbedeutsames Zeugnis dafür vor, wie die Elite der russischen Arbeiterklasse zum Krieg steht, mit welcher ruhigen Festigkeit sie die Grundsätze des internationalen Sozialismus und die Friedensforderung durch die chauvinistische Brandung trägt. Die „Bremer Bürgerzeitung“ hat einen Bericht über die Lage in Rußland veröffentlicht, der von zwei Delegierten her stammt, die von den Petersburger Genossen Anfang Januar ins Ausland geschickt wurden. Ihre Aufgabe sollte sein, mit den dort weilenden Führern der russischen Sozialdemokratie Rücksprache über



die Haltung zum Krieg zu nehmen. Wir lassen die Delegierten selbst berichten, aus der Schlichtheit ihrer Darlegungen atmet die völlige Wahrhaftigkeit:

„In Petersburg war die Partei- und Gewerkschaftsbewegung durch massenhafte Verhaftungen am Vorabend des Krieges vollständig desorganisiert. Die Arbeitermasse blieb ohne irgendwelche Weisung von der Partei. Trotzdem waren die sozialdemokratischen Arbeiter gegen den Krieg. Sie versuchten auf eigene Faust Gegendemonstrationen gegen die patriotischen Kundgebungen zu organisieren, die von der Polizei und dem Kleinbürgertum veranstaltet wurden. Sie wurden überall von der Polizei auseinandergetrieben. Aus der Provinz bekamen wir ähnlichlautende Berichte . . . Wir kommen mit Arbeitern verschiedener Berufe zusammen und können bestimmt behaupten, daß mit jedem Tag die Gegnerschaft wider den Krieg sich verschärft. Wir haben keinen einzigen Arbeiter getroffen, der sich für den Burgfrieden mit dem Zarismus ausgesprochen hätte . . . Den besten Einblick in die Stimmung der Arbeiter geben die geheimen Aufrufe, die die Arbeiter selbst – denn die sogenannte Parteintelligenz ist fast durchweg verhaftet – gedruckt, mit der Schreibmaschine geschrieben oder hektographiert herausgeben. Sie erscheinen in allen Industriezentren, und kein einziges handelt über etwas anderes als den Kampf gegen den Zarismus.

Ein zweiter Beweis: Die Arbeiter lehnen die Beteiligung an den Kriegsgeldsammlungen ab . . . Trotz aller Gewaltmaßregeln der Fabrikverwaltungen haben zum Beispiel im Petersburger ‚Vulkan‘ von 5000 bis 6000 Arbeitern nur 300 Beiträge gezeichnet. Nein, die aufgeklärten russischen Arbeiter sind Kriegs- und Zarenfeinde geblieben . . . Die aktuellste Frage ist der Krieg gegen den Krieg. Wir wußten nicht, was die ausländischen Genossen vorhaben, aber wir waren der Meinung, daß alles gemacht werden muß, um eine Bewegung

zu organisieren, die die Regierung nötigt, dem Krieg ein Ende zu bereiten. Wir werden den Kampf unter der Losung des Friedens ohne Annexion führen und die demokratische Republik erstreben . . . Man darf sich durch Fehler der Bruderparteien nicht von der Erfüllung der eigenen Pflichten abhalten lassen. Nur durch die eigene Tat können wir Einfluß auf die Bruderparteien gewinnen. Wir werden unseren eigenen Weg des Kampfes gehen und hoffen, daß die Erfahrung des Weltkrieges die Internationale gestärkt und geschlossener aufstehen lassen wird. Sie wird in einer Atmosphäre verstärkter Gegensätze zu wirken haben, deshalb hoffen wir, daß alle schädlichen Illusionen verschwinden werden.“

Morgenglocken des internationalen Solidaritätsempfindens und des Friedenswillens erschallen laut aus der Welt der Frauen, besonders der sozialistischen, der proletarischen Frauen. Gewiß fehlt es auch da in den kriegführenden Ländern nicht an Genossinnen, die das Panier des neuen bürgerlich-patriotischen Glaubensbekenntnisses zum Vaterland verzückt schwingen und die alte Sturmflagge des Sozialismus in ein bescheidenes Winkelchen verbannt haben. Jedoch, alles in allem sind die Sozialistinnen überall weit weniger in ihrer grundsätzlichen Bewertung des Weltkrieges wie ihrer eigenen Aufgabe erschüttert worden als die Männer. So hat sich denn auch die junge Sozialistische Fraueninternationale wacker behauptet, und ungeachtet der schwierigeren äußeren Verbindungen haben die inneren Beziehungen zwischen den Genossinnen aller Nationalitäten an Kraft und Innigkeit gewonnen.

Die englischen Sozialistinnen waren in den kriegführenden Staaten die ersten, die in einer „Botschaft an die Frauen aller Länder“ vor der fiebergeschüttelten Welt ihre internationale Solidarität und ihre tiefe Friedenssehnsucht bekannten. Ehre den tapferen Frauen! Es ist unmöglich, an dieser Stelle die vielen freiwilligen Sympathiekundgebungen auch nur aufzu-



zählen, mit denen die sozialistischen Frauen in den neutralen Ländern sofort für die Botschaft dankten. Dagegen müssen wir die aus den kriegführenden Staaten vermerken. Die russischen Genossinnen begrüßten die Botschaft als einen Hoffnungsschimmer über den dunklen Tiefen des Brudermordes; die Sozialdemokratinnen Österreichs beschlossen auf ihrer ersten größeren Zusammenkunft eine herzliche Rückäußerung; Genossin Zietz gab in einem Brief der schwesterlichen Gesinnung der deutschen sozialistischen Frauen Ausdruck. Das Antwortschreiben der Internationalen Sekretärin versicherte die englischen Genossinnen der Anerkennung und Treue der sozialistischen Frauen aller Länder und enthielt eine Solidaritätserklärung auch mit den Proletarierinnen der übrigen in den Krieg verwickelten Länder. Es wertete vom sozialistischen Standpunkt aus die Ursache und den Charakter des Weltkrieges und wies darauf hin, daß das Eintreten für den Frieden die nächste große gemeinsame Aufgabe aller Sozialistinnen sei. Dieser Gedanke wurde, noch bestimmter und eingehender begründet, Mitte November vor die Sozialistische Fraueninternationale gestellt. Es geschah in einem Aufruf der Internationalen Sekretärin, der zu planmäßigem und kraftvollem Wirken für den baldigen Frieden aufforderte. Es versteht sich, daß die Genossinnen in den neutralen Ländern ihm die weiteste Verbreitung gegeben haben, wichtiger ist jedoch die Frage, welches war sein Schicksal in den kriegführenden Ländern? In Deutschland untersagten die Zensoren die Veröffentlichung des Aufrufs in der „Gleichheit“; in der „Wiener Arbeiterinnen-Zeitung“ erschien er, von der sorgenbeschwernten Aufsichtsbehörde erheblich durchlöchert. Die englischen Genossinnen durften ihn ungehindert von der hohen Obrigkeit veröffentlichen und sich für das Wirken in seinem Sinne erklären. Die russischen Genossinnen und Genossen haben sich seine Verbreitung angelegen sein lassen.



In Holland, Italien, der Schweiz, in den skandinavischen Ländern und den Vereinigten Staaten kämpfen die sozialistischen Frauen in Versammlungen und durch die Presse gegen den imperialistischen Weltkrieg und für einen Frieden, der kein blutleerer Schemen ist, vielmehr der sozialistischen Auffassung von dem Recht der Nationalitäten und Völker entspricht. In den Staaten, die nicht von der Kriegsfurie unterjocht sind – so in der Schweiz, in Skandinavien und Holland –, soll der heuerliche Frauentag zu einer gewaltigen Friedenskundgebung von ausgeprägt internationalem Charakter werden. Die sozialistischen Frauen der miteinander ringenden Länder haben es in der Hand, trotz Kriegsrecht und Burgfrieden in den Ruf ihrer Schwestern einzustimmen: Krieg dem Kriege! Wo ein Wille ist, da ist ein Weg, das lehrt uns das mutige Handeln der Pariser Genossinnen.

Auch unter den bürgerlichen Frauen, namentlich den Frauenrechtlerinnen, sind internationale Solidaritätsbewußtseins- und Friedenswünsche lebendig geblieben. „Jus Suffragii“, das in London erscheinende Organ des Weltbundes für Frauenwahlrecht, bringt in jeder Nummer tapfere Friedenskundgebungen. Allerdings wenden sich auch in allen kriegführenden Ländern Überpatriotinnen dagegen, die das Lied vom „Durchhalten“ um jeden Preis zum Ruhm des Vaterlandes ebenso dröhnend anstimmen wie irgendein Wehrvereinler. Es sind jedoch andererseits sehr viele und sehr angesehene Führerinnen der bürgerlichen Frauen, die an den alten Idealen festhalten, die sie als schönes Erbgut aus der Hinterlassenschaft des weiland jungen Liberalismus übernommen haben. Ellen Key, Carrie Chepman-Catt und andere haben ihr Talent und ihren Weltruf in den Dienst der Friedenspropaganda gestellt. Es ist bezeichnend, daß dabei in Deutschland die Organisationen und Führerinnen am entschiedensten und rühmlichsten auftreten, die energisch für das allgemeine Frauenwahlrecht und

die Demokratie kämpfen. So die Frauenstimmrechtsvereinigungen München, Nürnberg, Hamburg, Karlsruhe und last not least die Friedensgesellschaft der Frauen; so Minna Cauer, Anita Augsburg, Lida Heymann und Frida Perlen. In der ersten Hälfte des Februar hat in Amsterdam eine Konferenz bürgerlicher Frauen beschlossen, es sei sofort ein internationaler Frauenkongreß vorzubereiten, der dem Friedenswillen Ausdruck verleihen solle.

Wir verhehlen uns nicht, daß die höllische Symphonie des Schlachtenlärms und die brausenden nationalistischen Kriegslieder den Friedensruf aus zuckenden Frauenherzen zunächst verschlingen. Jedoch auch nur zunächst, wenn die Frauen, wenn zumal die proletarischen Frauen, ernstlich wollen. Und sie müssen wollen, dafern in ihnen das geschichtliche Geschehen dieses furchtbaren Völkermordens zum Erlebnis geworden ist, das mit eherner Zunge die Notwendigkeit des verschärften Klassenkampfes in fest geschlossener internationaler Phalanx der Proletarier predigt. Politische Macht ist nicht an die verfassungsmäßigen Rechtstitel zu direkter oder indirekter Mitwirkung im Parlament gebunden. Sie hat ihre feste Wurzel in den sozialen Dingen und in der Erkenntnis, dem Willen, die diese in den Menschen auslösen. Seien wir Frauen uns der Bedeutung unserer sozialen Leistungen und damit unserer realen Macht bewußt, auf die gerade der Weltkrieg helles Licht wirft. Nützen wir sie, indem wir im Krieg gegen den Krieg kühn voranstürmen und unseren Friedenswillen als bewußt zusammengeballten Massenwillen in gewaltigen Kundgebungen politisch wirksam machen. Das wäre unser erster und wichtigster Anspruch auf eine geschichtliche Rolle in dieser Zeit. Man wird uns ob solchen Kampfes „schlechte Patriotinnen“ schelten, des Verrats am Vaterland zeihen. Sei's drum! Wann hätte uns Sozialistinnen die Verleumdung verschont, und wann wäre sie zur Fessel



unseres Tuns geworden? Die Gewalthaber der Stunde werden uns vielleicht verfolgen, unsere Gesinnung und unser Wirken ächten und strafen. Wir wären nicht wert, die Befreiung und Erhebung der Menschheit durch den Sozialismus im Geiste gelebt zu haben, wenn die Aussicht darauf uns schrecken könnte. So sind auch wir für das „Durchhalten um jeden Preis“, jedoch für das entgegengesetzte Ziel als die neubekehrten imperialistischen Sozialisten: Durchhalten gegen den Imperialismus, für den Sozialismus!

Wir haben die lebendigen Kräfte gezeigt, die in der Frauenwelt, die in den werktätigen Klassen auch der kriegführenden Länder sich zu regen beginnen, um durch die Wiedervereinigung der Proletarier und ihren Aufmarsch zum Klassenkampf den Frieden zwischen den getrennten Völkern der Arbeit zu schaffen. Diese Kräfte national und international zu einheitlichem Wollen und Handeln zusammenzufassen, ist für die Sozialisten der kategorische Imperativ dieser verhängnissschweren Zeit. Hier liegt eine geschichtliche Aufgabe von größter Tragweite vor, mit deren schleuniger und energischer Inangriffnahme namentlich die deutsche Sozialdemokratie die ersten Schritte tun müßte, um zu sühnen, was sie als Bundesgenossin des Imperialismus an der Arbeiterinternationale gesündigt hat. Ihrer Entscheidung und Haltung kommt um so größere Bedeutung zu, als sie das stärkste Bataillon der Internationale stellt, als mustergültiges Beispiel für Theorie und Praxis bewundert wurde und eine kaum bestrittene Führerschaft ausübte. Leider hat es augenblicklich nicht den Anschein, als ob die Partei sich auf ihre Pflicht besänne. Auch die französische Sozialdemokratie hat viel, vieles gutzumachen. Mit ihr abzurechnen, ist in erster Linie Sache der französischen Genossen, die ihre Partei und das Proletariat nicht länger Opfer und Mitschuldige der Politik der herrschenden Klassen werden lassen wollen. Wir stellen fest, was in Deutschland ist. Und da kommt



niemand um die beschämende Tatsache herum, daß die ehemals so stolze Sozialdemokratie heute die Gefangene der imperialistischen Kriegspolitik ist und im Kampf für den Frieden versagt. Wohl haben wir die frommen Friedenswünsche gehört, mit denen Parteivorstand, Parteiausschuß, Reichstagsfraktion und andere führende Instanzen die „grundsätzliche Stellung der Partei“ beschwören. Allein, was wir trotz allem nicht mit der Lupe zu entdecken vermögen, das ist der Wille zur Tat, der die Massen des arbeitenden Volkes aufruft, für den Frieden und damit für ihre eigenen Interessen die nämlichen Energien einzusetzen, die gleichen Opfer zu bringen, die der Krieg des Imperialismus von ihnen einfordert. Ohne diesen Willen zur Tat sind die schönsten Erklärungen nichts als Schall und Rauch.

Worauf warten die leitenden Instanzen der deutschen Sozialdemokratie, um ihn zu beweisen? Wollen sie im Rauschen der militärischen Ereignisse mit delphischer Ruhe und Weisheit den „geeigneten Zeitpunkt“ abwarten, um dann die Kraft der Partei geschlossen in die Waagschale des Friedens zu werfen? Wähnen sie nicht eher handeln zu dürfen, bis die französische Bruderpartei in aller Form friedehelend die Hand ausstreckt? Uns will bedünken, daß es die Auffassungen des bürgerlichen Nationalismus und nicht die des internationalen Sozialismus sind, die auf dem tiefsten Grund jedes Zauderns liegen, den Kampf für die Beendigung des Krieges aufzunehmen. Die politischen Ziele des deutschen Imperialismus und die strategischen Maßstäbe seiner Militärs können nicht unsere Aktionen als internationale Sozialisten bestimmen. Mit jedem Tag, den das verderbenschwere Völkerringen länger dauert, wächst die Notwendigkeit, ihm Halt zu gebieten um der Gegenwart und Zukunft des Proletariats halber, die in diesem Falle geradezu handgreiflich mit den höchsten Menschheitsinteressen zusammenfallen. Und sogar vom engen natio-

nen Standpunkt aus ist Deutschland der kriegführende Staat, der am allerwenigsten zu befürchten hat, daß ein zwingender Friedenswille als verrufenes Anzeichen der „Kriegsmüdigkeit“ und „Schwäche“ ausgelegt werden könnte. Unbrüderlich und unpolitisch erscheint es uns, das Vorgehen der deutschen Sozialdemokratie vom Verhalten der französischen Sozialisten abhängig zu machen. Man vergesse doch nicht, daß außer Belgien sich ein großer Teil des Ostens und Nordens von Frankreich in deutscher Gewalt befindet. So rücksichtslos wir es verurteilen müssen, daß die französische Sozialdemokratie ihren Pakt mit der Bourgeoisregierung nicht löst, um ihre Bundesbrüderschaft mit der gesamten Arbeiterinternationale wiederzugewinnen, so können wir es immerhin angesichts der ganzen Sachlage begreifen. Außerdem und vor allem: Seit wann sind die Fehler der Bruderparteien ein Ablaßschein für die eigenen Sünden, seit wann ersetzen sie die eigene mangelnde Tugend? Wir erinnern zu diesem Kapitel an das ebenso bescheidenwürdige als kluge Wort der russischen Delegierten: „Man darf sich durch Fehler der Bruderparteien nicht von der Erfüllung der eigenen Pflichten abhalten lassen. Nur durch die eigene Tat können wir Einfluß auf die Bruderparteien gewinnen.“

So halten wir eine sofortige kraftvolle Friedensaktion der deutschen Sozialdemokratie, der deutschen Arbeiter für die vornehmste Pflicht. Mit den Führern, wenn diese sich endlich entscheiden; ohne sie, wenn sie noch weiter unentschlossen zögern; gegen sie, wenn sie bremsen wollen. Eine solche Friedensaktion allein könnte die ersten festen Fundamente legen für den Wiederaufbau der Arbeiterinternationale. Denn nicht durch schwungvolle Solidaritäts- und Sympathieversicherungen der Führer und nicht durch weise ausgeklügelte Verständigungsresolutionen kann zusammengekittet werden, was der unselige Krieg in Trümmer geschlagen hat. Der stolze Bau

der Internationale kann nur aufs neue erstehen, zusammengefügt von dem Vertrauen der proletarischen Massen, die sich in den Wettern und Flammen des Klassenkampfes brüderlich zusammenscharen. Auch hierfür heißt es: Im Anfang war die Tat! „Schon sind da und dorten Morgenglocken wach geworden.“ Das deutsche Proletariat muß auf ihren Ruf antworten: Bereit!

„Die Internationale“,  
1915, Heft 1, S. 29–41.



---

## Mai

April 1915

Ein roter Mai grüßt dieses Jahr die Welt, wie keines Dante Phantasie ihn höllischer zu erdichten vermöchte. Die Erde trinkt Ströme von purpurnem Menschenblut, und der Mai scheint nur von Zerstörung und Tod zu reden und nicht von neuem Leben. Ist wirklich nur ein Jahr verstrichen, nicht ein ganzes Zeitalter versunken, seitdem die erwachenden Proletarier der ganzen kapitalistischen Welt 1914 den 1. Mai als Symbol ihrer Hoffnung auf freies, stolzes Menschentum gefeiert haben? Damals ließ der Sozialismus sie einander in den verschiedensten Sprachen mit feurigen Zungen Eide der internationalen Solidarität schwören, ließ sie sich über alle nationalen Schranken hinweg als ein einzig Volk von Brüdern bekennen, das keine Not und Gefahr trennen könne, das zu dem einen großen Freiheitskampf gegen den herrschenden Kapitalismus fest zusammengeschmiedet sei. Heute richten im Namen des Nationalismus die Arbeiter von acht europäischen Staaten die mörderischen Waffen gegeneinander, im fernen Osten haben sich die Japaner auf die Deutschen gestürzt, und immer mehr Völker drohen von den blutigen Wogen des Weltkrieges fortgerissen zu werden. Damals wurde den Proletariern aller Länder als wichtigste Losung der Zeit der Kampf gegen den Militarismus und Imperialismus gepredigt, wurde ihnen als bedeutsamste gemeinschaftliche Aufgabe zugewiesen,

das volle Gewicht ihrer Macht für den Frieden in die Waagschale der Ereignisse zu werfen. Heute hat die Weltmacht-politik die Proletarier der kriegführenden Länder dem Militarismus unterworfen, und zwar nicht etwa bloß mit äußerem Zwange, nein, er hat sie sich innerlich zugesellt.

[Dieser Wandel muß die werktätigen Massen nachdenklich stimmen, die den Kapitalismus über sich fühlen und in deren Seelen die Sehnsucht nach Erlösung von seinen Übeln gärt und braust. Es ist, als ob ein tiefer, jäher Riß die Vergangenheit des Proletariats und seine Aufwärtsbewegung zur Freiheit von der Gegenwart getrennt habe. Plötzlich versunken und vergessen scheinen die großen geschichtlichen Ideale, um die sich die Lohnarbeitenden mit Hand und Hirn just am 1. Mai als um die weithin leuchtenden Ziele ihres Willens international sammelten. Es ist Selbsttäuschung, wenn man erklärt, die übliche Maifeier sei heuer unmöglich unter dem Zwange des Kriegsrechts und anderer äußerer Umstände, die von der Not des Augenblicks gezeugt sind. Auch ohne das alles würde es nach unserem Empfinden selbstverständliche Anstandspflicht sein, daß sie überall dort unterbleibt, wo unter dem Schlachten-donner sozialistische Parteien den alten, internationalen Pakt mit den Brüdern in anderen Ländern zerrissen und einen neuen, nationalen Bund mit den besitzenden Klassen unterzeichnet haben. Denn die Maifeier war der einzige Versuch zu einer regelmäßig wiederkehrenden, weitfassenden internationalen Aktion der Arbeiterklasse, und wie sie zusammen mit der II. Sozialistischen Internationale auf dem denkwürdigen Kongreß zu Paris geboren wurde, so ist es innerlich begründet, daß sie mit deren Zusammenbruch ein Ende nimmt. Wenigstens vorläufig und in der bisherigen Gestalt. Die Geschichte der Maifeier ist eine getreue Widerspiegelung jener Periode der Arbeiterbewegung, die allem Anschein nach ihren Abschluß gefunden hat, als der imperialistische Weltkrieg an das Tor



klopfte und die führenden sozialistischen Parteien in Deutschland und Frankreich das Banner des internationalen Sozialismus kläglich im Stich ließen.]<sup>1</sup>

Das Wissen um das Spiel und Widerspiel des geschichtlichen Lebens, um die Gegensätze, die es einschließt und in denen es sich vorwärtsbewegt, muß uns jedoch davor bewahren, im unheimlichen Schein des diesjährigen Mai nur die aufgezeigte Tatsachenreihe zu erblicken. Es zeigt uns auch die Kehrseite der Medaille und zwingt das Auge, von den unheilvollen Stätten des Krieges in die kapitalistische Wirtschaft der Gesellschaft zu tauchen, allwo sich uns die letzten und stärksten Wurzeln des gewaltigen Waffenganges der Völker enthüllen. Der Kapitalismus ist vom Imperialismus auf den Gipfel des Triumphes gehoben worden, seine Lebens- und Herrschaftsdauer scheint gesicherter als je. Verschlingt und zerstört nicht der Weltkrieg einen unschätzbaren Güterreichtum, lähmt und vernichtet er nicht als riesiges Gegenstück zur Wirtschaftskrise eine schier unfaßbare Menge sachlicher und menschlicher Produktivkräfte und bewahrt mit alledem die kapitalistische Gesellschaft vor der drohenden Gefahr, nicht weiterfunktionieren zu können und „in dem eigenen Fett zu ersticken“? Hat er nicht in den kriegführenden Ländern, während er den Nationalstaat weiten will, im Namen des Nationalismus „den inneren Feind“ entwaffnet und an seinen Siegeswagen gespannt?

Allein, diese an der Oberfläche liegenden Erscheinungen dürfen uns nicht blind machen gegen den hippokratischen Zug, den der Weltkrieg dem internationalen Kapitalismus aufprägt. Was bestätigt der wirtschaftliche Untergrund des Völkerringens? Daß der Kapitalismus die Produktivkräfte zu einer Höhe entwickelt hat, wo ihr freies, normales Spiel sich

<sup>1</sup>Der in eckigen Klammern stehende Text wurde von der Zensur gestrichen.  
*Die Red.*



nicht mehr in den engen Raum bannen lassen will, den ihnen die bürgerliche Eigentumsform, das Klasseninteresse der besitzenden Minderheit abstecken. Die gewaltigsten und gewalttätigsten Katastrophen sollen die Schranken erweitern, sollen das Fortdauern ihres Webens und Waltens ermöglichen. Und was erweist der seitherige Verlauf des Krieges? Daß unter den vom Kapitalismus selbst geschaffenen Bedingungen der Militarismus, der furchtbarste, opferreichste Völkerkampf nicht zu einer Entscheidung führt, die den Frieden im Schoße trägt, dessen Sicherung doch der Krieg dienen soll. In beiden Erscheinungen berührt sich das Ende der kapitalistischen Welt mit dem Anfang einer neuen Zeit, die im Zeichen des Sozialismus steht und deren Geburtshelfer das internationale Proletariat sein muß.

Nichts wäre daher törichter, als wenn sich die proletarischen Massen durch den heurigen Mai in kleinstmütige Verzweiflung schrecken lassen wollten. Ihr Ziel glänzt klar, und hell zeichnet sich ihre Straße ab. Auf was es für sie ankommt, das ist, national und international das sozialistische Banner zu erheben, das den Händen so manches Führenden entglitten ist. Das Zeitgeschehen mahnt mit eherner Stimme, welcher Forderung die Massen es zunächst vorantragen müssen: der Friedenslösung. Der Kampf für den Frieden einigt wieder, was der Weltkrieg blutig geschieden hat: die Proletarier aller Länder. Im internationalen Kampfe der Proletarier für den Frieden ersteht die III. Sozialistische Internationale. In ihm wird das Wesen der Maifeier lebendig, dem heute so viele heimlich oder laut nachtrauern.

Das Proletariat aller Länder muß selbst die Initiative zur Friedensbewegung ergreifen und aus einem toten Buchstaben zur lebendigen Wirklichkeit wandeln, was die Beschlüsse der Internationalen Sozialistenkongresse zu Stuttgart, Kopenhagen und Basel als Pflicht erklärten. Deshalb kein Verzichten

---

auf den Sozialismus, umgekehrt: mehr internationaler Sozialismus, ein besserer internationaler Sozialismus, der den ganzen Menschen ergreift und aus dem der Wille zur Tat geboren wird. Diese Losung allein kann [den Enterbten der kapitalistischen Länder] einen Mai bescheren, aus dem statt Not und Tod für Millionen eine Vorahnung von dem Glück und Leben einer freien Zukunftsmenschheit weht.

„Die Gleichheit“,  
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,  
Stuttgart, 30. April 1915.

---

## Eine vorübergehende Erscheinung?

Oktober 1915

Daß der Krieg Umstände zeitigt, die außerordentlich schnell wachsende Frauenscharen zur Erwerbsarbeit zwingen; daß er der weiblichen Berufstätigkeit Gebiete erschließt, in denen früher der Mann allein sein Brot suchte: dafür glauben wir in der letzten Nummer überzeugendes Beweismaterial erbracht zu haben. Ebenso für die bekannte Tatsache, daß Frauenarbeit im allgemeinen niedrig gewertete und entlohnte Arbeit ist. Vor unseren Augen vollzieht sich geradezu eine Umschichtung der Berufstätigen nach dem Geschlecht, eine Umschichtung, die unorganisierte und widerstandsschwache Arbeitskraft in breiten Massen emporhebt. Unorganisierte und widerstandsschwache Frauenarbeit besagt in der kapitalistischen Wirtschaft nicht nur billige, anspruchslose und fügsame Arbeitskraft, sondern auch verbilligende und williger machende Arbeitskraft. Die Folgen dieses Standes der Dinge liegen für jeden klar zutage, der das Wesen des Kapitalismus kennt und weiß, mit welcher brutalen Rücksichtslosigkeit das Gesetz des Profitbegehrens wirksam ist. Neuen Millionen von Frauen und Mädchen wird die harte Existenz der Leidensgenossinnen auferlegt, die unter der Doppellast der Familienpflichten und der Erwerbsarbeit zusammenzubrechen drohen. Das Geschlecht, das ihrem Schoße entstammt und unter ihrer mütter-



lichen Betreuung erblühen soll, wird mit Leib und Seele den schwersten Schädigungen preisgegeben. Die Arbeits- und Existenzbedingungen der gesamten Arbeiterschaft laufen Gefahr, auf einer niedrigen Stufe zu bleiben, wenn sich der bleierne Konkurrenzdruck genügsamer, unorganisierter Frauenmassen ungehemmt fühlbar macht. Ja, mehr noch: Durch diesen Druck kann wieder in Frage gestellt werden, was die organisierten Proletarier im Laufe der Jahre durch zähen, opferreichen Kampf zur Hebung ihrer Lage erreicht haben.

So ist die auffallende Entwicklung der Frauenarbeit während des Krieges eine soziale Erscheinung von weittragender Bedeutung und heischt die größte Aufmerksamkeit. Mit ihr werden nur jene im Handumdrehen fertig, die ganz dem Augenblick leben und im Rausche der Siegesklänge kein Ohr für die ernste Frage des „Nachher“ haben. Für sie löst der militärische Ausgang des Kriegs „ganz natürlich“ all die verwickelten Fragen, die in dem gärenden Chaos des gewaltigen Völkerkriegen auftauchen. Meinungsäußerungen lassen sich hören, nach denen die starke Entwicklung der Frauenarbeit in den letzten 15 Monaten nur ein vorübergehendes, außerordentliches Geschehen ist wie der Krieg selbst. Sie hat sich mit diesem gleich einer Sturmflut erhoben und wird mit seinem Ende gleich einer Sturmflut wieder in sich zusammenbrechen. Es ist selbstverständlich, so wird versichert, daß die an der Stelle von Männern beschäftigten Frauen und Mädchen die Stätte ihrer Tätigkeit verlassen, sobald die Krieger aus dem Felde und der Kaserne ins bürgerliche Leben zurücktreten und ihren Beruf wiederaufnehmen. Als unumstößlichen Beweis dafür, daß diese Lösung der Frage todsicher sei, schwenkt man ein geduldiges Papier, auf dem der Satz steht: Die Frau gehört ins Haus. Als ob Wünsche eine Versicherung gegen Tatsachen wären! Meinungsäußerungen solcher Art schauen Leichtfertigkeit und Unwissenheit aus den Augen